

Jahrgang 25



Die Zukunft



Herausgeber:

Maximilian Harden.

Inhalt:

	Seite
Grundrücksorgen. Von Willy Koewenfeld	57
Ein Frauenroman. Von Hedwig Dohm	64
Der Miß in der Sozialdemokratie. Von Eduard Bernstein	67

Nachdruck verboten.

Erscheint jeden Sonnabend.

Preis vierteljährlich 5 Mark, die einzelne Nummer 50 Pf.



Berlin.

Verlag der Zukunft.

Wilhelmstraße 3a.

1917.

Abonnementpreis (vierteljährlich 13 Nummern) M. 5.—, pro Jahr M. 20.—; unter Kreuzband bezogen, Deutschland und Oesterreich M. 5.65, pro Jahr M. 22.60; Ausland M. 6.30, pro Jahr M. 25.20. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen sowie der **VERLAG DER ZUKUNFT, BERLIN SW. 46**, Wilhelmstr. 3a, Fernspr. Lützow 7724.

Alleinige Anzeigen-Aannahme der Wechenschrift „Die Zukunft“ nur durch **Max Kirstein**, Berlin SW 68, Markgrafenstr. 59. Fernsprecher Amt Zentrum 10 859 u. 10 810.

WEIN-STUBEN-HUTH

BERLIN W

Not betr.

Steuer

Stempel

Zoll

beseitigt

Die wirtschaftlichen Interessen von über $\frac{3}{4}$ **Milliarden M.** deutschen Kapitals genau **800 000 000 M.** werden durch uns vertreten u. bearbeitet.

Steuer-Treuhand-Gesellschaft m. b. H.

Gegründet 1910.

Potsdamer Str. 111. **Berlin W9.** Fernspr. Lütz. 7272.

Referenzen von Weltfirmen.

Man verl. Besuch od. kostenl. Zusend. v. Prospekten.

B A D E N - B A D E N

und sein neues, vornehmes Familienhotel an der Lichtentaler Allee
„BRENNERS NEUER KURHOF.“

Berlin-Weinrestaurant Willys-Berlin

Frühstück von 12—4 Uhr :: Fünf-Uhr-Tee :: Abends n. d. Karte

Vornehme
Konzerte.

Kurfürstendamm 11

Vornehme
Konzerte.

Fürstenhof Carlton-Hotel = Frankfurt a. M. =

Das Vollendetste eines modernen Hotels. □ Gegenüber dem Hauptbahnhof, linker Ausgang.

Kunstsalon Gustav Seelig

Friedrichstrasse 192-193
 — Nahe Leipziger Strasse —

Permanente Ausstellung von
**ORIGINAL-GEMÄLDEN
 MODERNER KÜNSTLER**



Berlin, den 21. April 1917.

Grundstücksjorgen.

1. Zwangsverwaltung.

Bequester machen leere Nester: dieses Sprichwort erwähnt schon Johannes Philippus in seinem Werk über Zwangsversteigerungen von 1667; das alte Wort war aber nie so zeitgemäß wie heute. Im Preussischen Landtag hat der Abgeordnete Piepmann gesagt, die Vergütung, die unsere Berufsverwalter in einem Jahr erhalten, sei auf $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark und der Schade, der durch die Zwangsverwaltung den beteiligten Hypothekengläubigern und Grundstückseigentümern entstehe, auf 30 Millionen Mark errechnet worden. Auf Grund welcher feststehenden Zahlen ist eine solche Errechnung möglich? Welchen Werth hat sie? Für die Zwangsverwaltung ist nur unzureichendes statistisches Material vorhanden. Die Zahl der Zwangsverwaltungen in Preußen betrug im Jahr 1915: 9351; seitdem ist sie sicher gewachsen. Die Zahl für ganz Deutschland wird heute nicht unter 15 000 sein. Meist handelt es sich um Hausgrundstücke. Auch über den Durchschnittsertrag der Häuser fehlen amtliche Angaben. Ueber die Verkaufspreise städtischer Grundstücke von 1904 bis 1912 sind der Realkredit-Kommission Angaben gemacht worden. Danach betrug der Verkaufspreis eines Hauses im Durchschnitt etwa 190 000 M. Der Verkaufspreis steht in der Regel in einem bestimmten Verhältniß zur Bruttoeinnahme; je nach der Konjunktur pflegt das

Zwölf- bis Sechzehnfache des Bruttomiethertrages dem Verkaufspreis eines Hauses zu entsprechen. Legt man Dies zu Grunde, so kommt man zu einer Durchschnitt-Bruttoeinnahme von etwa 13 000 M. pro Haus und zu einem Bruttoertrag aller unter Zwangsverwaltung stehenden Häuser von 195 Millionen jährlich. Von den Häusern werden etwa drei Viertel von Berufsverwaltern bewirthschaftet. Diese Verwalter beziehen rund 5 Prozent der Mietherträge als Vergütung. Das gäbe eine Summe von 7 bis 8 Millionen Mark jährlich, also ungefähr den von dem Abgeordneten Liepmann genannten Betrag. Daß mit Rücksicht auf diese Vergütungen, das Plus an Ausgaben für Reparaturen und das Minus an Miethverträgen die Berufsverwaltung schlechter arbeitet als die Verwaltung, die der Schuldner oder ein Hypothekengläubiger führt, hat eine Umfrage des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz ergeben.

Erfahrene Kenner schätzen heute auf Grund von Feststellungen in Einzelfällen den Minderertrag im Vergleich mit einer Verwaltung durch Interessenten auf mindestens 20 Prozent. Solche Schätzungen sind subjektiv; für ihre Richtigkeit wird auch die durch die erwähnte Umfrage erwiesene Thatsache angeführt, daß die Berufsverwalter in zahlreichen Fällen nicht die Zinsen der Ersten, innerhalb 60 Prozent des Werthes liegenden Hypothek herausgewirthschaftet haben, während diese Zinsen vor und auch nach der Berufsverwaltung herausgekommen sind. Nimmt man auf dieser Grundlage an, daß ein Grundstück, das unter der Verwaltung eines Berufsverwalters steht, regelmäßig 20 Prozent weniger einbringt als ein Grundstück, dessen Verwaltung durch den Schuldner oder Hypothekengläubiger geführt wird, so handelt es sich um einen jährlichen Schaden von 30 Millionen Mark. Ob diese Berechnung annähernd richtig ist, sollte nach Möglichkeit statistisch ermittelt werden. So sehr viel kommt aber darauf nicht an, denn als sicher kann angesehen werden, daß die Interessenverwaltung wirtschaftlich besser arbeitet als die Berufsverwaltung und daß es sich dabei um große Summen handelt. Ein Verwalter, der, wie es in Groß-Berlin vielfach geschieht, hundert Häuser zugleich zu verwalten hat, kann eben (ganz abgesehen von der Vergütung, die er empfängt, und von den höheren Reparaturkosten während der Berufsverwaltung) unter den schwierigen Verhältnissen von heute weder neue Miether finden noch alte Miether festhalten und nicht aus dem Hause herausholen, was herauszuholen ist. In Würdigung des alten weisen Satzes „vom Auge des Herrn“

Hat die Regierung deshalb im April 1913 durch eine Neuordnung des Zwangsverwaltungswesens an die Stelle der Berufsverwalter die Verwaltung durch Interessenten zu setzen sich bemüht; sie hat aber mit diesem Versuch nur geringen Erfolg erzielt. Nach dem Ergebnis der zuvor erwähnten Umfrage des „Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz“, die 1800 Fälle betrachtet, sind noch jetzt etwa drei Viertel aller Zwangsverwaltungen in den Händen der Berufsverwalter. Die Gerichte fahren gern in den alten Gleisen; doch beherzigen manche den klugen Ausspruch eines berliner Landgerichtes, daß „die Zwangsverwalter zwar formell richtig und zuverlässig arbeiten, aber bei der Menge ihrer Geschäfte meist nicht in der Lage sind, für das einzelne Grundstück das volkwirtschaftlich Nützliche zu erspähen und zu erreichen“. Die Verordnung stellt die Gerichte aber vor eine kaum lösbare Aufgabe. Sie sollen nach der Verordnung bei der Einleitung der Zwangsverwaltung in erster Linie den Schuldner zum Zwangsverwalter bestellen, wenn anzunehmen ist, daß er die Verwaltung ordentlich führen werde, und wenn sich eine geeignete Person findet, die bereit ist, die Aufsicht ohne Vergütung zu führen. Fällt diese Voraussetzung fort, so soll in zweiter Linie ein Angestellter des an dem Grundstück mit einer Hypothek beteiligten Kreditinstitutes, in dritter Linie der betreibende Gläubiger zum Verwalter bestellt werden. Alles ganz richtig und verständlich. Solche gerichtlichen Feststellungen erfordern aber Zeit; und den Gerichten ist nicht gesagt worden, wo und wie sie sich die nöthigen Auskünfte beschaffen sollen. Der betreibende Gläubiger jedoch kann und will nicht so lange warten; er verliert die Miethen, wenn die Beschlagnahme des Grundstücks zu spät kommt. Viele Gerichte glaubten, dieser Schwierigkeit Herr zu werden, wenn sie zunächst einen Berufsverwalter bestellten, ihn dann, nach Abschluß ihrer Ermittlungen, auf Antrag der Interessenten wieder entließen und an seiner Stelle einen Interessenten zum Verwalter bestellten. Hier aber hat das Kammergericht eingegriffen und erklärt, ein Recht des Schuldners auf Bestellung zum Verwalter bestehe nur bei Einleitung des Verfahrens; in das eingeleitete Verfahren solle nicht störend eingegriffen werden. Der Justizminister hat im Abgeordnetenhaus gesagt, er sei anderer Ansicht als das Kammergericht. Diesem Gericht müssen sich aber die unteren fügen; also muß die Verordnung geändert werden, was nach der Mittheilung des Justizministers auch in Aussicht genommen ist. Auch andere Mißstände sind erkannt

worden. Die Gerichte sind mit den Leistungen der privaten Verwalter, namentlich mit den Leistungen der Schuldner, unzufrieden und die privaten Verwalter beklagen sich darüber, daß die Gerichte an sie unerfüllbare Forderungen stellen. Oft hat die Art der Buchführung, der Verwahrung der Gelder und Skripturen, der Vergütung von Auslagen der Aufsichtspersonen zu Streit geführt. Dabei handelt es sich meist um für den eigentlichen Zweck gleichgiltige Formalitäten, während es zunächst darauf ankommt, daß ehrlich und gut gewirthschaftet und im Interesse namentlich der Hypothekengläubiger aus dem Haus herausgeholt wird, was herausgeholt werden kann. Die erwähnten Schwierigkeiten und Anzuträglichkeiten beruhen mit darauf, daß keine die besonderen Verhältnisse der privaten Verwalter ordnende Geschäftsanweisung ergangen ist. Die Gerichte sind dadurch genöthigt, für die Buchführung, Geldverwahrung und Aehnliches an die privaten Verwalter genau die selben Forderungen zu stellen wie an die Berufsverwalter. Der Grundsatz der neuen Ordnung des Zwangsverwaltungswesens, die Verwaltung thunlichst durch die Interessenten zu führen, ein Grundsatz, der übrigens in den nach dem Siebenjährigen Krieg von Friedrich dem Großen erlassenen Anordnungen ein Vorbild hat, ist zweifellos richtig; nur muß die Verordnung von 1915 nach den Erfahrungen gebessert und den privaten Verwaltern eine vereinfachte Geschäftsanweisung gegeben werden.

Für die anzustrebende Reform kämen die folgenden Grundsätze in Betracht. Der Gläubiger hat schon in seinem Antrag einen Verwalter vorzuschlagen. Ein Berufsverwalter ist nur zu bestellen, wenn kein zur Uebernahme der Verwaltung geeigneter Interessent vorhanden ist. Bei privaten Verwaltern genügt die einfache, bei Hausverwaltungen übliche Rechnungsführung. Der Aufsichtsperson sind ihre baren Auslagen, auch die Auslagen für Gehilfen, zu ersetzen. Das Gericht hat bei Ausübung der Aufsicht zunächst zu prüfen, ob das Grundstück mit gutem wirtschaftlichem Erfolg verwaltet wird. Kein Verwalter darf mehr als dreißig Verwaltungen führen. Zur Vornahme von Reparaturen, außer kleinen und unaufschiebbaren, bedarf es der Zustimmung des Schuldners und des Gläubigers.

Die Zwangsverwaltung ist nicht mehr, wie im Frieden, eine Begleiterscheinung der Zwangsversteigerung, sondern pflegt die Natur eines Dauerzustandes anzunehmen und ist im Krieg die Hauptform der Immobiliervollstreckung geworden (Nußbaum). Hier sind große Werthe gefährdet. Noch ist das Ende

Der Krisis nicht zu sehen. Die Verluste treffen meist Eigenthümer und Hypothekengläubiger, die in unbestrittener Nothlage sind. Die Reform ist nothwendig und muß schnell kommen.

2. Beitreibung von Steuern.

Die Abgeordneten Dr. Arendt und von Gamp haben den Reichskanzler gefragt, ob ihm bekannt sei, „daß in Preußen Gemeinden wegen rückständiger Steuern in vielen Fällen Zwangsversteigerung von Grundstücken herbeigeführt und dadurch die Verschleuderung von Grundstücken verschuldet haben“, und ob er bereit sei, „die Bundesrathsverordnung zum Schutze der Hypothekengläubiger gegen Zwangsversteigerungen während des Krieges so auszudehnen, daß solche schweren Mißstände ihr Ende finden“. Anlaß zu dieser Anfrage hat gegeben, daß ein Grundstück für einen minimalen Betrag versteigert worden ist, im tieferen Grund aber die Thatsache, daß auf Antrag des berliner Magistrats mehr als hundert Zwangsversteigerungen von Hausgrundstücken schweben und daß seit Anfang dieses Jahres nach den Mittheilungen in Allsteins Versteigerung-Anzeiger 122 Grundstücke in Groß-Berlin zum Zweck der Beitreibung von Steuern zur Subhastation gestellt worden sind. Dabei umfassen die Angaben im Versteigerung-Anzeiger nur einen Theil der großberliner Gemeinden. Danach kann man sich vorstellen, wie viele Grundstücke in ganz Deutschland jetzt wegen Steuerforderungen zu öffentlicher Versteigerung kommen.

Die Gemeinden stehen ihren Steuerchuldnern anders gegenüber als andere Gläubiger. Diese Forderungen der Gemeinden werden aus dem Erlös des Grundstückes zuerst befriedigt; sie liegen im geringsten Gebot. Während der Hypothekengläubiger, der ein Grundstück zur Subhastation stellt, mit der Möglichkeit rechnen muß, es zu übernehmen, stellen die Gemeinden ihren Versteigerungsantrag, bieten aber nicht mit und brauchen sich nicht darum zu kümmern, was aus dem Grundstück wird. So hat ein Gericht, um 97 M. Grundsteuern einzutreiben, ein Grundstück, dessen gemeinen Werth es auf 3300 M. festgestellt hatte, für 100 M. zugeschlagen. Der Zuschlag ist später, auf Beschwerde des ausgefallenen Hypothekengläubigers, durch die höhere Instanz aufgehoben worden. Das war aber nur möglich, weil der geschädigte Hypothekengläubiger rechtzeitig die Verjagung des Zuschlags beantragt und Beschwerde eingelegt hatte. Der Eigenthümer des Grundstückes hätte sich bei dem Zuschlag beruhigen müssen. Dem Eigenthümer giebt das Ge-

ich weder ein Widerspruchsrecht noch ein Rechtsmittel. Hier ist eine Aenderung nothwendig.

Der Zwangsverkauf eines Grundstücks vernichtet den Eigenthümer eines Grundstücks in der Regel wirthschaftlich und zerstört ganz oder zum Theil den Werth der nachstehenden Hypotheken. Diese sind meist im Besitz kleiner Rentner, Beamten, Witwen oder anderer dem Mittelstand Angehörigen, deren Lebensmöglichkeit beim Ausfall ihrer Hypotheken geschmälert, vielfach sogar gefährdet wird. Bei jeder Subhastation besteht daher, abgesehen von der Beunruhigung der Betheiligten, die Gefahr, für den Staat werthvolle Existenzen wirthschaftlich zu vernichten. Eine Ueberfülle an Subhastationen, zu der die beispiellose Krisis von heute führen kann, drückt nicht nur auf den ohnehin gesunkenen Preis und Kredit des städtischen Grundbesitzes, sondern würde dem ganzen Wirthschaftsleben furchtbar schaden. Die Gemeinden sollten deshalb Subhastationen so selten wie möglich fordern; die Versteigerungen finden ja, wie richtig gesagt worden ist, jetzt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit Statt und die Bieter sind so rar, daß Fälle wie der des Zuschlages zu 3 Prozent des Werthes vorkommen. In neueren Gesetzen, denen über Zuwachsteuer, Besitzsteuer, Wehrbeitrag, ist die Zwangsversteigerung von Grundstücken zur Beitreibung von Steuern für unzulässig erklärt worden. Weßhalb schreiten nun die Gemeindebehörden, denen die Aufsichtsbörden alle erdenkliche Schonung empfohlen haben, dennoch zur Subhastation? Sie greifen nach diesem äußersten Mittel meist nur, wenn die Steuern durch Mobiliarpfandungen nicht beizutreiben waren (§ 51 der Verordnung vom fünfzehnten November 1899) und wenn es sich um ältere Steuerrückstände handelt. Wegen der laufenden und der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Steuern haben die Gemeinden den Vorrang vor allen auf dem Grundstück lastenden Hypotheken. Lassen sie aber die Steuerrückstände länger anstehen, so verlieren sie diesen Rang und werden aus dem Erlös erst hinter allen Hypotheken, in der Regel also gar nicht befriedigt. Die mit der Beitreibung betrauten Beamten müssen daher, sobald Rückstände zwei Jahre alt werden, pflichtgemäß die zur Wahrung des Rangrechtes nöthigen Schritte thun und das Grundstück in Beschlag nehmen lassen. Zu diesem Zweck würde auch die mildere Maßregel der Zwangsverwaltung genügen; aber dann müßte die betheiligte Gemeinde dafür einen unter Umständen erheblichen Geldbetrag als Voranschuß leisten.

Das scheuen die Gemeinden wohl und ziehen deshalb die Versteigerung vor, um so mehr, als aus dem Ertrage der Zwangsverwaltung nur die laufenden, die rückständigen Steuern aber nicht bezahlt werden. Auch der Weg, die Zwangsversteigerung einzuleiten und sie dann einstweilen einstellen zu lassen, ist verschlossen, weil das Verfahren aufgehoben werden muß, wenn nicht binnen sechs Monaten die Fortsetzung des Verfahrens beantragt wird (§ 31 Zw.V.G.). Diese Bestimmung könnte abgeändert werden. Radikal kann aber nur geholfen werden, wenn die zweijährige Frist (§ 10 Zw. V. G.) ausgedehnt wird. Für nicht wiederkehrende öffentliche Lasten ist Das bereits durch eine Verordnung vom zweiundzwanzigsten April 1915 geschehen. Diese Verordnung brauchte nur auf wiederkehrende öffentliche Lasten ausgedehnt zu werden. Die Regierung scheint zu fürchten, daß dann die als Hypothekengläubiger interessirten Kreditinstitute, namentlich die Sparkassen, wiederum mit dem Antrag hervortreten werden, für mehr als zweijährige Zinsrückstände den selben Rang mit dem Kapital zu gewähren. Das würde die nachstehenden Hypothekengläubiger ernstlich schädigen. Aber Zinsen und Steuern stehen einander nicht gleich; und eine Gleichstellung der wiederkehrenden öffentlichen Lasten mit den nicht wiederkehrenden giebt noch nicht das Recht, die Zinsen eben so zu behandeln wie die Steuern. Sicher aber ist, daß die Schädigung der nachstehenden Hypotheken durch eine Zwangsversteigerung ganz unvergleichlich höher ist als die durch den Vorrang alter Steuerrückstände, bei denen es sich ja meist um verhältnismäßig geringe Beträge handelt.

Hier müßte im Interesse des Grundbesitzes das Gesetz geändert werden. Nach altem preussischen Recht durfte die Subhastation von Grundstücken zur Beitreibung von Steuern nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden erfolgen (§ 34 der Verordnung vom dreißigsten Juli 1853). Auch hierdurch wurden der Allgemeinheit schädliche Subhastationen erschwert. Den Gemeinden muß durch Aenderung der für die Kriegszeit nicht passenden Gesetze die Möglichkeit gegeben werden, billige Rücksicht auf die Steuerschuldner zu nehmen, ohne ihre Steuerforderungen zu gefährden. Vor Allem aber muß die drohende Fluth der Versteigerung und Verschleuderung von Häusern zur Beitreibung von Steuern abgedämmt werden.

Justizrath Dr. Willy Loewenfeld.



Ein Frauenroman.

(„Ich bin das Schwert“, Roman von Annemarie von Nathusius.)

Nach „Henker und Opfer“ wäre ein passender Titel für diese Tendenzschrift von ungewöhnlicher Intensität.

Bei Romanen ist man geneigt, die Autorin mit der Heldin des Romans (Kenate von Falkenhain heißt sie) zu identifizieren. In der That müssen furchtbare Schicksale, tödlich Erlebtes innerhalb ihrer Familie oder ihrer Kreise, der Aristokratin das rächende Schwert in die Hand gedrückt haben. Siehe: ein Mensch, der seine wahren Gedanken ausspricht ohne Furcht vor Golgatha. Mit Schwerhörigen (die Gegner der Feministinnen sind) muß man laut sprechen, um verstanden zu werden. Der Frau Nathusius feuerflüssige Beredsamkeit aber ist ein wilder Schrei aus wunder Brust, ein Schrei, Verschlafenste zu wecken. Ein weiblicher Simson, der an den Pfeilern der Paläste rüttelt, in denen die Philister wohnen.

„Ich bin das Schwert!“ Ja, — sie bohrt es in das Herz der Kulturwelt, sie schleift es an der Inbrunst eines rachgierigen Hasses, glüht es an dem unermesslichen Mitleid mit dem tausendjährigen Martyrium des Weibes und vollstreckt Massenhinrichtungen an Denen, die es zermarterten. Brennendes Blut speit sie auf ihre Feinde. Und immer trägt sie ihr pochendes Herz auf der Zunge: mitten in einen aristokratischen Kreis hinein schleudert sie ihre blutrothen Ideen; was man im Allgemeinen nicht gern thut.

Alle Rechte, die Annemarie Nathusius der Frau erobern will, alles Unrecht, das sie brandmarkt, es steht längst auf dem Programm der Frauenbewegung: die Verheuchlung und Verlogenheit der Gesellschaft, die doppelte Moral, die Vernunftlosigkeit so vieler Gesetze und Sitten. „Aberglaube, Wahnsinn (schreibt sie), daß eine Frau sinkt, wenn sie nicht ihre alleinige Ehre in ihrer sogenannten Unerührtheit sieht, eine Ehre, die erst unterhalb des Gürtels anfängt... Alle Freiheit ist für mich so gut vorhanden wie für den Mann.“

Eins der Rechte aber, die Frau von Nathusius, von Kriegslust berauscht, für die Frauen einfordert, steht nicht im Programm der Frauenbewegung. Entriegeln will sie ihnen eine Thür, die ins Freie führt, ins schrankenlose Freie, eine Thür, ihnen bisher streng verschlossen, die zu entriegeln selbst die radikalste Frauenrechtlerin nicht wagen würde. Sie will kein „fettes Philisterglück, in dem die Worte Pflicht, Treue, Recht bis ans Lebensende ihre Schatten warfen ohne Gnade und Barmherzigkeit...“

Roth, zieherroth ist das Blut der Frau von Nathusius, die doch blaues Blut haben müßte. Dennoch: mit einem Tropfen aristokratischen Oels ist sie gesalbt. Wie erklärte sich sonst ihre jubelnde Lust an der Jagd? Ein grausamer Zug in dieser Abkömmlingin alter Rittergeschlechter ist unverkennbar, denn sie schreibt: „Vergeltung ist die größte Lust.“ Wirklich? Ja fürchte, die Anbeter des Ressentiment kommen nicht in den Himmel.

Ein anheimelndes Intermezzo von weichem Lyriismus ist ihre Liebe zur heimathlichen Scholle; ein Stern, der wildes Gewoge mild überflimmert.

Ein lockender Vergleich soll nicht unerwähnt bleiben: der zwischen der Autorin und Emmy von Egiby. Auch diese in vornehmer Familie aufgewachsene Aristokratin schildert in einem ihrer Romane den auf ererbtem Grundbesitz angeheften Adeln. Wohl weiß sie von seinem unbeirrbareren Standesbewußtsein, seinen konservativen, starren Grundsätzen. Sie weiß aber auch, daß die würdevolle Repräsentation dieser norddeutschen Grundbesitzer ohne Hochmuth ist. Sie rühmt ihre Schlichtheit, ihre Echtheit, die Treue ihrer Pflichterfüllung, beherrscht von dem Grundsatz „noblesse oblige“. Die Schlüsse aus diesen Gegensätzlichkeiten sind leicht zu ziehen: daß es unter den Aristokraten so viele verschiedene Typen giebt wie unter den Demokraten.

Unausgeglichenes ist in dem Roman, ein Räthsel auch und ein Widerspruch. Daß Renate von Falkenhain als junges Mädchen ihr „Frühlings Erwachen“ (eines Frühlings von berauschernder Frühlingspracht) für die wahre, echte Liebe hält, ist psychologisch durchaus überzeugend. Aber diese Liebesirrungen finden auch in späteren intimen Liaisons ihre Fortsetzung; immer wieder steht sie an Grablegungen der Liebe. Und immer wieder kommt Eros als Rattensänger zu ihr, der sie mit süß verführerischer Melodie in den Hörjelberg verlockt, wo es bekanntlich extra-sinnlich zugeht. Sie verkehrt die Sinnegier des Mannes, die Thierheit seines Strebens nach Besitz; und doch sind es immer Männer dieser Artung, denen sie sich schenkt. Und doch ist das Buch ganz erfüllt von Sensualität; selbst in Renates tiefsten Schmerzen noch ist Wollust. Wie ein rubinrothes Diadem trägt sie die Dornenkrone.

Und Du selbst, Renate von Falkenhain, sage: Warst Du nicht immer feuerfelig in den Armen des Geliebten und nimmer sonnenfelig? Und dem Einen, dem Reinen, dem Ritter ohne Furcht und Tadel, dem an Leib und Seele Makellosen, der aus fürchterlicher Gefahr Dich einst rettete, ihm konntest Du nur Schwester-

liebe widmen? O Groß, garstiger! Ich sage nicht, daß Du ein Lausbub bist; aber ein durchtriebener Schelm bist Du, der seine Gläubigen narret.

Freilich entfährt sich Renate mit der Reflexion: „Wenn er auch der ehrlichste Freund war, schließlich wollte auch er nichts Anderes als eine Umarmung.“ Und wenn er nun die Umarmung nicht wollte, wie sollte dem Geburtenrückgang, dem Kulturschreck der Gegenwart, gesteuert werden! Ach, edle Frau, was aus dem Urgrund der Natur stammt, ist unabsehbar.

Und löse mir, Annemarie, den Widerspruch: Du sprichst der Frau das grenzenlose Recht zu, in jeder Stunde, so en passant, ihre physisch sexuellen Sehnsüchte zu befriedigen, wie nach altem Brauch es dem Mann zusteht. Irre ich oder ist Das nicht eine sündig lockende Aufforderung zu Nachttänzen der Sinnlichkeit, die Du eben erst in die Thierheit verwiesest?

Im letzten Abschnitt des Romans, im Zusammenleben mit ihrer Schwester, die langsam sich verblutet, verrollen die Donner ihres wuthbegeisternten Pathos, lösen sich in zärtlich bange Harfentöne. Hier wird sie auch die Seelen Derer ergreifen, denen die Gesamttonart des Romans unsympathisch ist.

Die Sexualität in all ihren Nuancen hat Renate mit verächtlichem Fußtritt aus ihrem Herzen gejagt. Das Hohe Lied der Freundschaft stimmt sie an. Und sie findet den Freund, den jungen, genialen, freilich noch nicht anerkannten Dichter Ganter. Unzertrennlich Beide, auch im tiefsten Elend. Und sind sich nur Schwester und Bruder. Und ein Dichter ist er! Und Dichtersleute feiern bekanntlich gern dionysische Feste, was ja ihr Beruf mit sich bringt. So giebt es doch wohl unter den Epheben scheue Fremdlinge in Aphrodites Reich. Ich höre die Botschaft, doch mir fehlt, beinahe, der Glaube.

Der Schluß ist ein hold naiver Märchentraum, mag er immerhin auf einer wirklichen Thatsache beruhen. Jergendeln Millonär, eine Art Carnegie scheint's, ein König im Reich der Charitas, trägt die beiden Platoniker auf goldenen Armen aus der Nacht der Lebensnoth empor ins Morgenroth verheißungsvoller Sonnentage. Der Weg zum Parnas ist frei. Das letzte hymnische Wort des Buches gilt der Freundschaft.

Möge der üppige Freiheitbaum, den Annemarie Nathujius der Frau errichtet, edle Früchte tragen!

Hedwig Dohm.



Der Riß in der Sozialdemokratie.

Die bürgerliche Presse hat im Allgemeinen von den Kämpfen, die sich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abspielen, immer nur beiläufig Notiz genommen; und daß sie dabei für die Richtung des gegenwärtigen Parteivorstandes und des so ziemlich aus den gleichen Personen zusammengesetzten Vorstandes der Reichstagsfraktion Partei nehmen würde, war zu erwarten. Die Opposition gegen den Vorstand kann nicht auf Gunstbezeugungen von den herrschenden Parteien Anspruch erheben und thut es auch nicht. Es kann ihr aber auch nicht gleichgiltig sein, wie Leute, die über den Tag hinaus denken (und einige solcher giebt es ja noch), über die Beweggründe und Absichten ihrer Politik und die Tragweite des Konfliktes urtheilen. Ich habe es nicht fertig bekommen, diesem Aufsatz den Titel „Spaltung der deutschen Sozialdemokratie“ zu geben und damit die Spaltung der Partei als eine vollendete Thatsache hinzustellen, bevor noch die hierfür entscheidende Instanz, ein bei freier Diskussion gewählter Parteitag, ihren Spruch darüber gefällt hat. Aber es ist kaum noch möglich, sich darüber zu täuschen, daß die Instanzen, die heute das Ruder der Partei in Händen haben, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel dafür ausbieten werden, den nach dem Krieg zusammentretenden Parteitag zu Dem zu machen, was man in Irland eine „gepackte Jury“ nennt. Das „Packen“ hat schon jetzt begonnen und wird nach einer Methode betrieben, die darauf berechnet ist und deren Gelingen ganz sicher die Wirkung haben würde, die Spaltung der Partei zur Thatsache zu machen.

Deshalb ist es auch für den Nichtsozialdemokraten nicht zu früh, sich über das Wesen des Gegenjahres, der die bis dahin so gefestete Partei zerreißt, und die mutmaßlichen Rückwirkungen ihrer Spaltung auf das politische Leben genauer zu unterrichten; und so sei es einem Parteigänger der Opposition gestattet, an dieser Stelle darzulegen, wie der Riß kam und um was es sich nach seiner Auffassung in dem Konflikt jetzt und in der nächsten Zukunft handelt. Ich werde mich bemühen, die damit unvermeidlich verbundene Kritik der Gegenseite so sachlich wie nur möglich zu halten.

I. Wie der Riß kam.

„Was ich vor allen Dingen von dieser Abstimmung fürchte, ist ihre Rückwirkung auf die innere Entwicklung unserer Partei.“ Diese Worte richtete am Nachmittage des dritten August 1914 der Vorsitzende der Reichstagsfraktion und des Vorstandes der Partei, Hugo Haase, an mich, als wir nach dem Schluß der Berathung der Fraktion über die Frage der Kriegskredite noch ziemlich eine Stunde im Thiergarten im Gespräch zubrachten.

Wir waren einander bis dahin wenig nah getreten. Haase hatte stets dem radikalen Flügel der Partei angehört, während ich in Wort und Schrift für die revisionistische Theorie und die refor-

mistische Praxis eintrat. Auch bei dieser Berathung in der Fraktion hatten wir einander gegenüber gestanden. Haase hatte mit großer Leidenschaft die Bewilligung der Kredite bekämpft, ich hatte für sie gesprochen und gestimmt. Welche Gründe mich dazu bewogen, hat für die größere Oeffentlichkeit kein Interesse; daher mag genügen, wenn ich bemerke, daß sie mit opportunistischen Erwägungen nichts zu thun hatten, sondern sich aus meiner damaligen Auffassung von Ursache und Anlaß des Krieges ergaben. Auch hatte ich bei der Begründung meiner Stellungnahme in der Fraktion gesagt, was ich einige Monate später in einer im „Archiv für Sozialwissenschaften“ veröffentlichten Abhandlung wiederholte; daß nicht alle Argumente, die gegen die Bewilligung der Kredite vorgebracht waren, unbeachtlich seien. Niemals liege bei solchen Entscheidungen auf der einen Seite nur Wahrheit und auf der anderen nur Irrthum; es handle sich um das Abwägen gewichtiger Gründe für und wider, und wo für den Einzelnen die Wage sich tiefer neige, dahin werde eben seine Stimme fallen. Diese Sätze waren es wohl, die Haase bestimmten, nach dem Schluß der Sitzung ein Gespräch mit mir über die Entschliebung der Fraktion anzuknüpfen, das wir im Thiergarten fortsetzten und in dessen Verlauf er die zuvor angeführten Worte sprach. Mir wollten sie nicht einleuchten; aber schon die ersten Kriegswochen genügten, mich stuhig zu machen, und nach Verlauf von zwei Monaten war mir klar, daß sowohl in diesem Punkt wie in den anderen Hauptfragen die Voraussetzungen, die in den Anfangstagen des August für mein Verhalten den Ausschlag gegeben hatten, irrig gewesen waren.

Nach der Darstellung des deutschen Weisbuchs vom zweiten August 1914 mußte nach meiner Ansicht der deutsche Krieg seine Hauptkraft gegen den Osten richten, während gegen den Westen eine starke Defensivc mir dem Zwecke gemäß schien. Wie sehr die Auffassung, daß es sich vor Allem um einen Krieg gegen Rußland handle, damals unsere Fraktion beherrschte und ihre Entscheidung bestimmt hatte, geht schon aus der Erklärung hervor, mit der sie ihre Abstimmung begründete. Da wird ausschließlich von der russischen Gefahr gesprochen. „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft“, heißt es darin, „steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht Alles, auf dem Spiel“. Eine Wendung übrigens, die deutlich erkennen läßt, wie sehr die Abstimmung durch die Tradition beeinflusst war, welche die Epoche nach 1848 beherrschte. Nicht auf die Aspirationen des heutigen Rußland, sondern auf die europäische Politik des ersten Nikolaus wird Bezug genommen. Aber, ob historisch richtig begründet oder nicht, der Satz leitete im Manifest zu der Schlußfolgerung über: „Es gilt, diese Gefahr abzuwenden, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.“ So sagte die Fraktion am dritten und vierten August 1914 die Frage an. Die

Deutsche Kriegsführung dagegen richtete die Hauptkraft ihres Aufgebotes zunächst nicht gegen den Osten, sondern gegen den Westen; und der Krieg erhielt das Wesen eines europäischen Brandes. Das bestimmte die Mehrheit nicht, ihre Abstimmung vom vierten August einer Nachprüfung zu unterziehen. Noch stärkte es sie in ihrer Haltung, daß breite Volkskreise, die gewohnt waren, das Leitmotiv ihres Urtheils über die politischen Fragen des Tages von der Sozialdemokratie zu empfangen, ersichtlich aus der Abstimmung nur das Ja herausgehört und die Bewilligung der Kredite für eine Billigung des Krieges selbst genommen hatten. In diesen Kreisen griff auch, als die deutschen Truppen den größten Theil Belgiens und werthvolle Bezirke Nord- und Ostfrankreichs besetzt hatten, mit dem Jubel über die „Niedererschlagung“ der Gegner die Neigung um sich, mit gewissen Anneziionsplänen sich zu befreunden. Eine Neigung, die nur wirksam zu bekämpfen war, wenn die Vertreter der Partei dafür Sorge trugen, die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den leitenden Gedanken ihrer Abstimmung und denen der bürgerlichen Parteien nicht verwischen zu lassen. Viele von ihnen aber vertheidigten gegen die Opposition, die sich schon damals regte, ihre Abstimmung mit Argumenten, die sich immer mehr einer Vertheidigung der Politik der Regierung annähernten. Der Beifall, der ihnen für die Abstimmung vom vierten August in der bürgerlichen Presse und von einzelnen behördlichen Organen im persönlichen Verkehr zu Theil wurde, erwies sich Manchen als verhängnißvoll. Es giebt Leute, die durch Verfolgungen nicht klein zu Kriegen sind, denen es aber gefährlich wird, wenn man ihnen wohlwollend auf die Schultern klopft. Hat der Verlorene Sohn im Vaterhaus wieder Aufnahme gefunden, so entwickelt er sich gewöhnlich zum regelrechten Philister.

Während einige sozialdemokratische Blätter schon arg von der Censur bedrängt wurden, gab es andere, die auch ohne jede Censur sich bürgerlich brav gehalten hätten. Eins der größeren sozialdemokratischen Blätter hielt es für zeitgemäß, der Censur ein besonderes Loblied zu singen. Die unter ihr litten, hätten sich nur selbst zuzuschreiben. Bei der richtigen „positiven“ Stellungnahme zum Krieg sei dem Redakteur unter ihr ganz kanibalisches wohl. Man ward, wenn man das las, an das flammende Dichterwort von den Spießbürgerseelen erinnert, die über den Untergang der Inquisition greinten. Es hat in deren schlimmsten Zeiten ja auch an Leuten nicht gefehlt, deren Denkweise sie „voll und ganz“ entsprach. Man wird jedoch zugestehen, daß die von Militärs geleitete Censur zwar etwas Anderes ist als die Inquisition, daß aber zwischen der Auffassung, von der sie ausgeht, und der Denkweise, die bis zum Kriegsausbruch die Sozialdemokratie befeelte, ein breiter Abgrund klafft.

Auf mich und Andere wirkten die geschilberten Anzeichen dafür, daß die Partei in Gefahr war, ihre Seele zu verlieren, wahrhaft niederdrückend. Bei der Stellung, die ich nun einmal in den Kämpfen

der Partei einnehme, wird es nicht vordringlich erscheinen, wenn ich hier noch einiges Persönliche einflechte und gestehe, daß ich mich im Angesicht dieser Entwicklung der Dinge von den Zusammenkünften zurückzog, die damals Verfechter der Mehrheitspolitik wöchentlich in einem Berliner Kaffeehaus abhielten, und an Hugo Haase mit der Erklärung herantrat: „Sie haben leider Recht gehabt, unsere Partei ist in einer Krise, der gegenüber alle früheren inneren Konflikte nur Spielereien waren; ich kann diese Entwicklung nicht mitmachen.“ Ähnlich sprach ich zu Karl Kautsky und schrieb ich an Franz Mehring, von denen mich bis dahin sachliche und persönliche Differenzen getrennt hatten. Mit Haase und Kautsky verbindet mich seitdem Uebereinstimmung in allen wesentlichen Fragen dieser Krise; einer Opponentengruppe schloß ich mich jedoch nicht an.

Als die Reichstagsfraktion Anfang Dezember 1914 zur zweiten Kriegskreditforderung Stellung zu nehmen hatte, zeigte sich bei den Beratungen darüber schon eine wesentlich gereiztere Stimmung. Wie stark der militaristische Geist, diese politische Ausartung des in seiner Sphäre berechtigten militärischen Geistes, schon die Köpfe ergriffen hatte, geht daraus hervor, daß namhafte Vertreter der Mehrheit sich dafür einsetzten, die Fraktion möge diese neuen Kredite ohne jede begründende Erklärung bewilligen, und daß es einer längeren und hitzigen Debatte bedurfte, bevor dieses Zugeständnis an die Tendenz, politische Fragen von der größten Bedeutung in der Vollziehung des Reichstags im Paradeschritt zu erledigen, in der Fraktion zu Fall kam. Auch wurde nur mit Mühe erzielt, daß Haase, der wiederum von der Fraktion zur Verlesung ihrer Erklärung genötigt wurde, der Einleitung wenigstens einen leisen Vorbehalt in Bezug auf Belgien vorangehen lassen durfte. Die Zahl Derer, die in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kredite stimmten, war von vierzehn auf sieben gestiegen, und einer, Karl Liebknecht, verlangte in der Fraktion, daß ihm gestattet werde, auch im Haus gegen die Kredite zu stimmen, da die Bewilligung mit dem Programm und den Parteitagebeschlüssen der Partei im Widerspruch stehe. Obwohl ihm sein Ersuchen abgeschlagen wurde, blieb er bei der Abstimmung im Hause doch sitzen und ward für dieses disziplinarwidrige Handeln mit einem Tadel bedacht. Er verblieb aber auch später bei dieser Haltung, und als im Mai 1915 es wieder über eine Kreditforderung zur Abstimmung kam, schloß sich ihm der Abgeordnete Otto Rühle an. In der Fraktion selbst war die Zahl der Gegner der Bewilligung inzwischen auf vierundzwanzig gestiegen.

Immer deutlicher hatte sich gezeigt, daß einflußreiche Kreise in Deutschland die Agitation für eine Annexionspolitik betrieben, die einer raschen Beendigung des sich immer mörderischer gestaltenden Krieges entgegenwirken mußte und den überlieferten völkerrechtlichen Grundsätzen der Sozialdemokratie widersprach. Jedes Verkennen ausschließende Anzeichen sagen dafür vor, daß ein Verharren der Reichs-

tagfraktion bei der Politik, die heute als die vom vierten August bezeichnet wird, die aber von der Abstimmung vom vierten August 1914 scharf zu unterscheiden ist (da diese, wie ich zeigte, noch einen ganz anderen Charakter trug), jedes gemeinschaftliche Einwirken der Internationale der Arbeiter auf die Beendigung des Krieges und die Gestaltung des Friedensschlusses unmöglich machen würde. Als dann auch Persönlichkeiten in autoritativer Stellung in Deutschland mehr oder weniger weitgreifende Annexionen forderten, wurden in der Sozialdemokratie zwei Mahnrufe veröffentlicht, welche die Partei und ihre Vertretung bewegen sollten, von dem gewählten Weg abzugehen: der Aufruf „Das Gebot der Stunde“, unterzeichnet von Hugo Haase, Karl Rautsky und mir und zuerst veröffentlicht in der Leipziger Volkszeitung vom neunzehnten Juni 1915; und eine vom neunten Juni 1915 datierte „Werthe Genossen“ überschriebene Denkschrift, die von den Reichstagsabgeordneten Albrecht, Henke, Herzfeld, Kunert, Lebour, Liebknecht, Rühle, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogtherr und gegen hundert anderen Sozialdemokraten in angesehener Parteistellung unterzeichnet war und die Unterschrift von ungefähr vierzehnhundert weniger bekannten Parteimitgliedern erhielt. Sie schließt mit den Worten: „Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Theils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt thun, den Burgfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für Alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.“

Beide Aufrufe wurden von den Wortführern der Fraktion-Mehrheit, denen sich die Mehrheit des Vorstands der Partei an die Seite stellte, übel vermerkt. Der so wenig aggressive Aufruf „Das Gebot der Stunde“ ganz besonders deshalb, weil Haase, der Vorsitzende der Fraktion und des Parteivorstands, ihn unterzeichnet hatte. Man stellte ihn als den eigentlichen Urheber hin, was jedoch nicht zutrif; Gedanke und Grundriß stammten von mir. Der Aufruf „Werthe Genossen“ erregte durch den kritischen Theil des Inhalts den Zorn; auch wurde getadelt, daß man Unterschriften für diesen Aufruf sammelte und ihm dabei die Form einer Petition an die Parteileitung gab. Das sollte der Versuch einer Parteizerrüttung sein. Nachträglich wird behauptet, daß der Aufruf die Organisierung der Opposition zu einem geschlossenen Verband vorbereiten wollte. Wie viel daran richtig ist, entzieht sich meiner Kenntniß, da ich mit keiner Opponentengruppe in Beziehung stand und leicht zu errathende Gründe mir verbieten, hierüber jetzt Nachforschung anzustellen. Aus allerlei Veröffentlichungen geht nur hervor, daß die Opposition damals Konferenzen abhielt; auch, daß zugleich ein fester Zusammenschluß bestimm-

ter Gruppen sich vollzog, darf mit Sicherheit angenommen werden. In zwingender Folge erschienen „Spartakus“ unterzeichnete Briefe, die mit zunehmender Schärfe das Verhalten der Mehrheit geißelten, aber auch jene Mitglieder der Fraktion nicht verschonten, die zwar gegen die Taktik der Mehrheit in Opposition standen, aber weder in der Theorie noch in der Anwendung den Grundsatz Klassenkampf wider Landespolitik in der selben schroffen Gegenüberstellung vertraten wie der oder die Verfasser der Briefe und in höherem Grade als sie Verpflichtungen der Fraktionsdisziplin anerkannten. Ein ähnlicher Standpunkt ward in der von Rosa Luxemburg und Franz Mehring herausgegebenen Monatschrift „Die Internationale“ vertreten, von der im April 1915 ein Heft erschien: das einzige; die Zeitschrift wurde danach verboten.

In der Reichstagsfraktion mehrte sich jedoch die Zahl Derer, die gegen die Kriegskredite stimmten. Sie wuchs im August 1915, wo über eine neue Forderung zu entscheiden war, auf dreißig Opponierende. Diese durften jedoch ihrer Gegnerschaft nicht in der Reichstagsitzung selbst Ausdruck geben. Eine in Friedenszeiten beschlossene und im Frühjahr 1915 erneute Vorschrift der Fraktion gestattet dissentierenden Mitgliedern nur, bei einer Abstimmung unauffällig den Sitzungssaal zu verlassen, verbietet ihnen aber, im Gegensatz zur Fraktion zu stimmen. Sinn und Zweck der Vorschrift ist, den Gegnern stets eine geeinte Front zu zeigen. Und in normalen Zeiten, wo es sich meist nur um wenige dissentierende Mitglieder handelte, war ihr auch willig gehorcht worden. Jetzt aber war ihr Sinn insofern hinfällig geworden, als gewöhnlich schon am nächsten Tag die Welt erfuhr, wer in der Fraktion gegen die Bewilligung gestimmt hatte, die geeinte Front also nur noch Schein war. Zugleich empfanden viele Dissentierende es als drückendes Opfer des Intellekts, der Abstimmung fern bleiben und dadurch die Feststellung ermöglichen zu müssen, daß der Reichstag die Kredite einstimmig bewilligt habe, während es ihnen aus Gründen der internationalen Rückwirkung von Wichtigkeit erschien, ihre ablehnende Haltung im Reichstag sichtbar werden zu lassen. So ward denn, als die Dreißig im NebenSaal saßen, während drinnen abgestimmt wurde, von einigen die Frage aufgeworfen, ob unter den gegebenen Umständen dieses Verfahren nicht eine Komödie sei, der ein Ende zu machen die Selbstachtung gebiete.

Als daher im Dezember 1915 wieder eine Kreditforderung vorlag, entschlossen sich zwanzig von den inzwischen auf vierundvierzig angewachsenen Gegnern der Bewilligung, im Saal zu bleiben und ihr ablehnendes Votum durch eine kurze Erklärung zu begründen. Sie ward am vierundzwanzigsten Dezember 1915 durch den Abgeordneten Fritz Geyer verlesen und legt in wenigen Worten die Gründe dar, welche die Unterzeichner bestimmten, gegen die Forderung zu stimmen, enthält sich aber jeder polemischen Wendung gegen die bewilligende Mehrheit der Fraktion. Dennoch ward ihre Verlesung

von Wortführern dieser Mehrheit als ein Disziplinbruch bezeichnet; die Abgeordneten Legien und David beantragten in der Fraktion den Ausschluß der Zwanzig; ein Antrag Ebert und Genossen wollte ihnen die aus der Fraktionzugehörigkeit erwachsenden Rechte entziehen. Keiner dieser Anträge wurde angenommen; der erste ward mit großer Mehrheit abgelehnt, der zweite von den Antragstellern selbst zurückgezogen und statt seiner ein Antrag angenommen, der über die Zwanzig scharfen Tadel aussprach.

Was diese besonders noch zu ihrem selbständigen Vorgehen veranlaßt hatte, war der Umstand, daß zwölf Tage zuvor ein Antrag der Minderheit an die Fraktion, den Reichskanzler zu interpellieren, ob er zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeglicher Art bereit sei, von der Mehrheit nur in der Fassung angenommen worden war, ob der Reichskanzler bereit sei, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten; daß für diese farblose Interpellation nur Redner der Mehrheit bestellt wurden und daß, nachdem der Reichskanzler in der Antwort die bekannnten unbestimmten Wendungen gebraucht hatte, der Redner der Mehrheit es an jeder entschiedenen Abweisung der damit angezeigten Absichten fehlen ließ, die Worte des Kanzlers vielmehr nach Möglichkeit ihres, den Grundzügen sozialdemokratischer Politik durchaus widersprechenden Sinnes durch Umdeutung zu entkleiden suchte und seine Rede statt in eine energische Rundgebung sozialistischer Völkerpolitik in eine militaristische Drohung ausklingen ließ. Selbst Angehörige der Mehrheit waren von dieser Behandlung der Friedensfrage wenig erbaut gewesen; der Antrag, die Fraktion möge erklären, daß sie mit des Redners Worten nicht einverstanden sei, wurde aber abgelehnt.

Im Lande braußen war ein Theil der oppositionellen Elemente mit der Erklärung der Zwanzig noch nicht zufrieden, sondern drängte auf eine schärfere Stellungnahme gegen die Mehrheit. Zwei Gruppen der schärferen Tonart hatten sich herausgebildet: eine Gruppe, deren Anschauungen die Spartakus-Briefe Ausdruck verliehen, und eine kleinere Gruppe, die sich Internationale nennt. Beide Gruppen schlugen heftig auf die Minderheit los, die zu ängstlich sei, um sich rückhaltlos von der Politik der Mehrheit loszusagen.

Da beschlossen am vierundzwanzigsten März 1916 siebenzehn Mitglieder der Minderheit ein Vorgehen, das zu ihrem Ausschluß aus der Fraktion führte. Nachdem die Mehrheit wieder für die Hauptdebatte über den Reichshaushalt 1916/1917 nur zwei Redner ihrer Richtung bestimmt hatte und außerdem sich ansetzte, für den Notheil zu stimmen, beschlossen sie, daß Hugo Haase im Haus ihre Ablehnung begründen solle, machten aber, um die Vereitelung ihres Vorhabens zu hindern, von diesem Beschluß der Fraktion nicht vorher Mittheilung. Die Folge war, daß Haase, trotzdem er sich sorgsam jeder Polemik oder auch nur polemischen Anspielung gegen die Mehr-

heit der Fraktion enthielt, von deren Mitgliedern mehrfach lärmend unterbrochen wurde, bis ihn, dadurch ermuthigt, die Reichstagsmehrheit das Wort entzog. In einer sofort anberaumten Fraktionssitzung wurde mit allen gegen sechsundzwanzig Stimmen ein vom Vorstand beantragter Beschluß angenommen, wonach Haase und Genossen durch Disziplin- und Treubruch „die Rechte verwirkt“ hätten; „die aus der Zugehörigkeit zur Fraktion entspringen“. In Ausführung dieses Beschlusses ward sofort auch der Vorstand beauftragt, dem Bureau des Reichstags mitzutheilen, daß Haase nicht mehr für die Fraktion dem Haushalts-Ausschuß angehöre. Damit war klar angezeigt, was der Beschluß praktisch bedeutete. Er kam für den Reichstag der den modernen Rechtsbegriffen widerstrebenden und seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts auch beseitigten Strafe des bürgerlichen Todes gleich. Denn die Hauptarbeit des Reichstags vollzieht sich nicht im Plenum des Hauses, sondern in den Ausschüssen; und im Plenum kommt man, sofern man nicht einer Fraktion angehört, bei wichtigen Angelegenheiten nur selten zum Wort. Denjenigen, gegen die der Beschluß sich richtete, wäre durch ihn die Möglichkeit einer wirksamen Bethätigung im Reichstag entzogen gewesen.

Eine solche Strafe zu verhängen, steht nun freilich der Fraktion nicht zu. Sie ist keine Vereinigung aus eigenem Rechts- und Willensentschluß. Ihr gehört jeder Sozialdemokrat, der von einer Organisation der Partei in den Reichstag entsandt ist, kraft dieser Thatsache als gleichberechtigtes Mitglied an. Sie hat weder seine Aufnahme zu beschließen noch das Recht, ihn auszuschließen. Ein Ausschluß aus der Fraktion kann nur als Folge eines Ausschlusses aus der Partei selbst verfügt werden. Und deshalb kann die Fraktion auch keine Strafe verhängen, die der parlamentarischen Bethätigung eines Mitgliedes Abbruch thut. Sie muß die Sühne für Handlungen, die nach ihrer Anschauung das Parteiinteresse schädigen, der Partei überlassen. Doch ändert die Ungiltigkeit der Verfügung nichts an der Thatsache, daß sie in Wirksamkeit gesetzt war. Und da es ein Unding ist, Mitglied einer Körperschaft ohne Mitgliedsrechte zu sein, blieben von der Maßregelung Betroffenen nichts Anderes übrig, als sich aus der Fraktion zurückzuziehen und eine eigene Fraktion zu bilden. Diese neue Fraktion nannte sich Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft; von bekannteren Sozialisten gehören ihr außer Hugo Haase die Abgeordneten Oskar Cohn, Pittmann, Geyer, Ledebour, Stadthagen, Vogtherr, Wurm und Zubeil an. Auch ich trat ihr bei, obwohl ich an der Aktion der Siebenzehn nicht theilhaftig gewesen war. Die anderen Gegner der Kreditbewilligung blieben mit einer Ausnahme in der alten Fraktion; ihre Zahl ist seitdem auf zwanzig gesunken.

Die Spaltung der Fraktion brauchte nun nicht nothwendig zur Spaltung der Partei zu führen; zunächst vermieden die Ausgeschiedenen, im Reichstag polemisch gegen die alte Fraktion aufzutreten. Indes zeigte sich schon bei den Erörterungen über den Sauchboockkrieg

im Frühjahr 1916 ein Gegenjah, der zu einem Zusammenstoß führte. Noch mehr als im Reichstag verschärfte sich in den Mitgliedschaften der Partei im Lande selbst der Gegensatz. Im Frühjahr 1916 ward von Verfechtern der Mehrheitspolitik die Einberufung eines Parteitags der Sozialdemokratie angeregt, der den Streit entscheiden sollte. Der Gedanke begegnete aber so starkem Widerspruch, daß er fallen gelassen werden mußte. So lange eine freie Erörterung der Fragen des Krieges in der Presse und den Versammlungen der Partei nicht möglich ist und die Hälfte der Mitglieder im Felde steht, könnte ein Parteitag als Recht sprechende und gesetzgebende Vertretung der Partei nicht anerkannt werden. Statt eines solchen tagte im September 1916 eine vom Vorstand und Ausschuß der Partei einberufene Parteikonferenz, die von 445 Personen, darunter 143 Mitglieder von Centralbehörden der Partei und Reichstagsfraktion, besucht war. In der Abstimmung darüber, ob die Konferenz sachliche Beschlüsse zu fassen berechtigt sei, stimmten 169 Teilnehmer oppositionell, während rund 251 Teilnehmer im Sinn der Mehrheit und für eine ihren Anschauungen entsprechende Resolution zur Friedensfrage stimmten und (bei Enthaltung der Fraktionmitglieder) 218 die Politik der Mehrheit billigten. So ungünstig die Zeitumstände und der Vertretungsmodus der Opposition waren, hatte sie doch mehr als ein Drittel der Teilnehmer umfaßt, was ihr Vertrauen in die Stärke ihrer Sache sehr steigerte, den Führern der Mehrheit aber den Gedanken eingab, den Kampf gegen die Opposition mit größerer Energie als bisher zu führen.

Drei Wochen später nahm der Parteivorstand das Verbot des „Vorwärts“ zum Anlaß, sich die Verfügung über die politische Leitung dieses Blattes zu sichern, das bis dahin als Organ und im Sinn der Sozialdemokratie Groß-Berlins redigiert worden war. Er begründete sein Verfahren mit der Erklärung, daß im „Vorwärts“, da er zugleich Centralorgan der Partei sei, auch die Ansicht der Parteimehrheit vertreten sein müsse. In der Wirklichkeit ist jedoch der „Vorwärts“ seit seinem Wiedererstehen Kampforigan der Parteileitung gegen die Opposition, während die zur Opposition haltende große Mehrheit der organisierten Sozialdemokraten Groß-Berlins ihn nicht mehr als ihr Organ anerkennt, in ihrer Erbitterung vielmehr offiziell den Boykott über ihn verhängt hat.

Die Opposition entnahm diesem und ähnlichen Vorgängen die Nothwendigkeit einer Auseinandersetzung über ihr künftiges Verhalten und die Art der Gegenwehr. Neben Elementen, welche die Hoffnung nicht aufgaben, die Mehrheit der Partei auf die alte Bahn der Politik zurückbringen zu können, waren andere, die ihr am Liebsten sofort den Rücken gekehrt hätten. So ward denn zur Erörterung dieser und verwandter Fragen eine Konferenz der Opposition einberufen, die am siebenten Januar 1917 in Berlin getagt hat und rund einhundertfünfzig Teilnehmer zählte. Zu einer Verständigung über eine gemeinsame Marschroute ist es dort nicht gekommen. Die Sozialdemo-

Praktische Arbeitgemeinschaft will im Wesentlichen an dem Programm und den Grundsätzen der Partei festhalten, wie sie vor dem vierten August 1914 galten; die Gruppen Spartakus und Internationale wollen den sozialrevolutionären Gedanken in Theorie und Praxis zu stärkerem Ausdruck bringen. Die Abstimmung über die Resolutionen, die den neuen Weg vorzeichnen sollten, ergab 111 für die Arbeitgemeinschaft, 34 für die Spartakusgruppe und 6 für die Internationale.

In der von dem früheren Reichstagsabgeordneten Lipinski eingebrachten und begründeten Resolution der Arbeitgemeinschaft wird, nach der Aufzählung der Handlungen der Parteileitung, die als statutenwidrig und den Parteigrundsätzen widersprechend bezeichnet werden, erklärt, den Parteigenossen erwache nun die dringende Pflicht, zum Schutz vor diesem Verhalten und zur Wahrung der Parteigrundsätze und des Parteistatutes einheitlich und entschlossen aufzutreten, und die folgende Weisung gegeben: „Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition theilt, haben in stete enge Fühlung zu einander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüßlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben und zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen. Die Sperre der Parteibeiträge, die als schärfstes Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand gedacht ist, ist als ungeeignet zurückzuweisen, da sie die finanzielle Macht des Parteivorstands in keiner Weise ändert und ihm nur eine bequeme, wenn auch im Parteistatut nicht begründete Handhabe bietet, Parteiorganisationen ‚außerhalb der Partei‘ zu stellen und ihren Einfluß auf die Entscheidung der Partei auszuschalten. Diesen Einfluß preiszugeben, wäre ein großer Fehler. Der Parteitag, der nach Wiederherstellung verfassungsgemäßer Garantien und gründlicher Vorbereitung zusammentritt, soll die Opposition auf ihrem Platz finden, wenn es gilt, darüber zu entscheiden, ob die Partei die alten Bahnen aufgeben soll.“ Die Spartakus-Gruppe und die Internationale erklärten in ihren Resolutionen, daß sie nur in der Partei bleiben, um die Politik der Mehrheit zu bekämpfen und zu durchkreuzen; sie forderten zur allgemeinen Durchführung der Beitragsperre und zur Agitation für den verschärften Klassenkampf in den Gewerkschaften auf.

Nachdem der im Wesentlichen eine Begutachtungsinstanz bildende Parteiausschuß am achtzehnten Januar 1917 die Konferenz für einen Sonderparteitag, ihre Beschlüsse als Beweise für die Bildung einer Sonderpartei erklärt und den Parteivorstand aufgefordert hatte, die Einheit der Partei zu sichern, erließ der Vorstand am zwanzigsten Januar 1917 ein Rundschreiben, worin am Schluß gesagt ward, jetzt müsse Klarheit geschaffen werden; Diejenigen, welche sich mit den Beschlüssen der oppositionellen Gruppen der Partei solidarisch erklärten,

könnten „nicht länger Mitglieder der Partei sein oder bleiben“. Das richtet sich nicht etwa nur gegen die beiden Gruppen der äußersten Linken, sondern auch (und sogar in erster Linie) gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Nach einer seitdem vom Parteivorstand ausgegebenen Weisung wird da, wo in der örtlichen Organisation der Partei die Anhänger des Vorstands die Mehrheit haben, den Mitgliedern, die sich nicht ausdrücklich von den Beschlüssen der Konferenz der Opposition lossagen, in der einen oder anderen Form der Stuhl vor die Thür gesetzt, während da, wo die Mehrheit zur Opposition steht, die Parteigänger des Vorstands neue eigene Organisationen bilden, die von ihm als die einzig berechnigte Organisation der Partei anerkannt werden.

Der Prozeß der Zerreißung der Partei ist also im vollen Gang. Nach statutarischem Recht sind die geschilberten Maßnahmen ungiltig. Aber sie schaffen einen Thatbestand, der dem Parteivorstand für den kommenden Parteitag von vorn herein die Mehrheit verbürgt. In der überwiegenden Mehrheit der von ihm anerkannten Organisationen werden nur noch Delegirte gewählt werden, welche sein Handeln gegen die Opposition billigen, und die Delegirten der von ihm für „außerhalb der Partei“ erklärten Organisationen wird er mit Hilfe dieser Mehrheit einfach auf den Parteitag nicht zulassen. Dann brauchen nur noch Beschlüsse gefaßt zu werden, die seinen Handlungen nachträglich Gültigkeit zuerkennen: und die als Faktum vollzogene Spaltung wird es in gleicher Weise „von Rechts wegen“ sein wie einst die preußische Verfassung vom einundzwanzigsten Januar 1850.

II. Was die Spaltung bedeutet.

Fragt man zunächst, welches das voraussichtliche Stärkeverhältnis der streitenden Fraktionen sein wird, so läßt sich eine leidlich sichere Schätzung noch nicht machen. Daß der Vorstandsfraktion, wie ich sie der Kürze halber genannt habe, die überwiegende Mehrheit der vor dem vierten August gewählten Beamten und Ortsleiter, ferner fünf Sechstel der Parteipresse zur Seite stehen, ist allein noch kein Gradmesser für ihre zukünftige Stärke. Noch steht die Mehrheit der Parteimitglieder im Felde; viel wird davon abhängen, in welcher Stimmung sie zurückkehren und welche Verhältnisse sie zu Haus finden werden. Auch ist die Verfügung über Presse und Beamtenthum kein untrüglicher Gradmesser für den Einfluß auf die politisch interessirte Schicht der Arbeiterklasse. In Berlin wird seit dem Oktober 1916 der „Vorwärts“ im Sinn der Mehrheit delegirt, auf deren Seite die Mehrzahl der festangestellten Beamten der Partei und der Gewerkschaften steht. Aber bei der Nachwahl im Zweiten berliner Landtagswahlkreis (für den zu Zuchthaus verurtheilten Karl Liebknecht) stimmten in diesem Bezirk, der fast ausschließlich von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden bewohnt ist, für den Kandidaten der Opposition, Franz Mehring, 4222, für den Kandidaten der Vorstandsfraktion L. Brunner dagegen nur 288 Wähler, obwohl Brunner Vor-

sitzender einer Gewerkschaft ist und der Arbeiterklasse angehört, Mehring aber ein aus der Bürgerklasse hervorgegangener Schriftsteller ist. Die Hoffnung, daß die Arbeiter einen Mann ihrer Klasse dem Literaten vorziehen würden, wurde bitter enttäuscht.

Zur Opposition steht die große Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Königsergß und der meisten kleineren Ortschaften Ostpreußens, des Bezirks Leipzig-Stadt sammt Umgegend, noch anderer Wahlkreise des Königreichs Sachsen, des Kreises Halle, verschiedener Wahlkreise Thüringens, Unterfrankens, der Wahlkreise um Frankfurt am Main, mehrerer rheinischer Kreise; in vielen anderen Wahlkreisen hat sie sehr ins Gewicht fallende Minderheiten der sozialistischen Arbeiter für sich. Man darf also nicht meinen, daß es ihr gehen werde wie früheren Abspaltungen von der Partei. Die Umstände und Ursachen der Spaltung sind diesmal durchaus andere. Es handelt sich heute nicht um den Austritt einiger exaltierten Männer und unerfahrenen Neulinge aus der Partei, sondern um die Ablösung ganzer Mitgliedschaften, darunter Genossen, die über die Erfahrungen eines ganzen Menschenalters politischer Arbeit im Dienst der Partei verfügen. Auch war es in der Geschichte der Sozialdemokratie bisher noch nie geschehen, daß die Parteileitung selbst dafür sorgte, die Spaltung unvermeidlich zu machen. Wird die sich jetzt anzeigende Spaltung in der Sozialdemokratie Tatsache, so wird nicht, wie 1890/91, einer festorganisierten, aus der Feuerprobe des Sozialistengesetzes erfolgreich hervorgetretenen, nach rechts scharf abgegrenzten Partei eine Anzahl nur lose verbundener Gruppen tastender Enthusiasten, sondern es wird einer Partei, die in einer Frage von weittragender Bedeutung ihre frühere Politik aufgegeben hat, eine andere Partei gegenüberstehen, die in diesem Punkt sich grundsätzlich von ihr unterscheidet und in ihrem Gegensatz gegen diese Politik ihren geistigen Kern hat.

Bis vor dem Krieg war die Sozialdemokratie die deutsche Friedenspartei. Sie war es zu Hause durch die unnachgiebige Bekämpfung der Rüstungspolitik und aller Handlungen und Reden, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Nationen stören konnten, und durch die Unterstützung und Förderung aller Maßnahmen, welche geeignet erschienen, diese Beziehungen zu verbessern. Der beharrlichen Ablehnung der Militäretats stand die beharrliche Abstimmung für die Regierung bei Handelsverträgen und ähnlichen internationalen Abmachungen gegenüber. Nach außen hin pflegte und förderte die Partei die internationale politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse und war für Deutschlands Stellung in der Welt ein wertvoller Faktor durch das außerordentliche Vertrauen, das sie bei allen demokratischen Parteien und anderen Friedensfreunden als Friedensbürge genoß. Auf sie beriefen sich in den Parlamenten und in der Presse der Entente Alle, die, der große Jean Jaurès voran, gegen Deutschland gerichtete Agitationen und Regierungakte bekämpften. Die Abstimmung der Partei vom vierten

August 1914 hatte dieses Vertrauen erschüttert, doch nicht sofort ent-
 wurzelt. Man hatte, da die Kriegserklärungen von Deutschland aus-
 gingen, mindestens Stimmhaltung von ihr erwartet und war be-
 stürzt, sie nun plötzlich für die Kriegskredite stimmen zu sehen. Weid-
 lich ward und wird dagegen die Abstimmung in London, Paris und
 Petersburg von den Kriegsparteilern ausgenutzt. Daß aber die Partei
 auch in der Folge die Kredite bewilligte und daß schließlich ihre Ver-
 treter und Zeitungen ein nur wenig abgetöntes Echo der Aeuße-
 rungen des Kanzlers und seiner Leute hören ließen, hat auch bei der
 großen Mehrheit der Sozialisten und Friedenspolitiker des Auslandes
 dem Glauben an die Widerstandskraft dieser Partei ein Ende gemacht.
 Bei dem Satz, daß dem Ausland nicht nur in der Schlacht eine „ge-
 einte Front“ gezeigt werden müsse, wird immer vergessen, daß das
 Ausland wohl ein einheitlicher geographischer Begriff, aber keine
 einheitliche politische Realität ist. Es giebt überall, auf den Krieg
 bezogen, zweierlei Land; und man kann seine Politik nicht lediglich
 gemäß dem Land der einen Art einrichten, ohne das der anderen Art
 zu schädigen. Die Politik der geeinten Front hüben stärkt die Politik
 der geeinten Front drüben und lähmt dadurch die Internationale der
 Arbeiter. Mehr noch. Die Logik des Dogmas von der geeinten
 Front heißt Verwerfung der Politik, welche die Sozialdemokratie vor
 dem Krieg in der Rüstungsfrage trieb. Noch weiß kein Mensch, wie
 und womit dieser Krieg enden wird. Wenn er ein verheißtes, noch
 schärfer als zuvor in zwei Lager getrenntes Europa hinterläßt und
 das Wettrennen weitergeht: was wird die Vorstandspartei dann thun?
 Schon mehrten sich in ihrem Lager die Stimmen, die für die Zukunft
 Bewilligung der Militärvorlagen voraussagen; und schwer läßt sich
 ausdenken, mit welchen Argumenten die Partei die Ablehnung be-
 gründen könnte, nachdem sie den einst so felsenfesten Glauben an die
 Wirkungskraft der Internationale als Friedensmacht durch die Auf-
 nahme des Dogmas von der geeinten Front in seinen Grundmauern
 erschüttert hat. Selbst Diejenigen, welche grundsätzlich auf anderem
 Boden stehen als die Sozialdemokratie und in der beharrlichen Ab-
 lehnung der Militärvorlagen die Erbsünde der Partei erblicken, wer-
 den zugeben müssen, daß das stärkste Argument, das zu Gunsten
 dieser Politik vorgebracht werden konnte, ja, ich glaube sagen zu
 dürfen, der archimedische Punkt aller für sie anzuführenden Argu-
 mente die Feststellung ihrer Internationalität war. Giebt man sie auf
 (und Das geschieht mit der Annahme des Grundsatzes von der ge-
 einten Front), dann können wohl Anhänger Tolstois, Quäker und
 Gleichgesinnte sie noch vertreten, Sozialdemokraten aber, die die kriege-
 rische Gewalt nicht bedingungslos verwerfen, würden sich mit ihr in
 die größten Widersprüche verwickeln. Ihnen würde auf Schritt und
 Tritt der Boden unter den Füßen wanken. Auch die Politik hat ihr
 Gesetz der Konsequenzen, das stärker ist als der persönliche Wille.
 Die Wortführer der Vorstandspartei werden nicht müde, zu betheuern,

daß sie noch die alten Sozialdemokraten seien, an den alten Grundsätzen festhalten und sie stets hochhalten werden. Sie mögen sich Das einreden. Aber sie rechnen nicht mit der zwingenden Kraft der politischen Zusammenhänge. Schon zeigt sie sich an der unsicheren Haltung von führenden Mitgliedern der Vorstandspartei zu den Projekten, die auf Bildung handelspolitischer Sonderbünde abzielen, an der gegen früher völlig veränderten Einschätzung der Kolonialpolitik, an dem Einstimmen von Führern und Presse der Partei in die unritrische Sprache der Offiziösen bei Gelegenheit des Notenwechsels zwischen Wilson und den beiden kriegführenden Parteien über die Friedensmöglichkeit, wo selbst ein so national gesinnter Mann wie Prinz Alexander von Hohenlohe die Note der Entente sehr viel ruhiger und verständiger besprach als diese Wortführer, und an Uehnlichem mehr. Man kann eben nicht eine Politik, die von einer ganz bestimmten sozialen Auffassung ausgeht, nach Laune oder Bedürfnis des Tages bald in allem Wesentlichen preisgeben und bald als unantastbares Heiligthum dogmatisch verfechten. Die Vorstandspartei ist in der Lage eines Seefahrers, dessen Kompaß schwere Beschädigungen erlitten hat. Die Sonne und der Sternenhimmel liefern ihm nach wie vor gewisse Anhaltspunkte für seinen Lauf. Aber sie schützen ihn nicht gegen Festfahren auf Sandbänke und gegen Gerathen in verrätherische Strömungen.

Nichts beleuchtet die falsche Lage der Vorstandspartei mehr als ihr Verhältniß zum Reichskanzler. Ich bin niemals Verfechter der Politik des Opponirens unter allen Umständen gewesen und bins auch heute nicht. Die Unabhängigkeit und geistige Freiheit einer Regierung gegenüber wird nicht durch Handeln nach einer simplistischen Formel bewährt. Ein stereotypes Nein bedeutet von der anderen Seite her die gleiche Unfreiheit wie ein unabänderliches Ja. Das Schauspiel aber, das die Vorstandspartei, wie sie durch ihren Hauptredner vertreten ist, in ihrem Verhalten zu Herrn von Bethmann Hollwegs Kriegspolitik darbietet, hat eine erschreckende Uehnlichkeit mit der berühmten Unterhaltung zwischen Hamlet und Polonius: „Seht Ihr die Wolke dort, beinahe in Gestalt eines Kamels?“ „Beim Himmel, sie sieht wirklich aus wie ein Kamel!“ „Mich dünkt, sie sieht aus wie ein Wiesel.“ „Sie hat einen Rücken wie ein Wiesel.“ „Ober wie ein Walfisch?“ „Ganz wie ein Walfisch.“ Es kann dahingestellt bleiben, ob der philosophische Kanzler mit dem redegewandten Scheidemann bewußt und berechnend das gleiche Spiel spielt, wie der philosophische Dänenprinz es mit dem geschwähigen Oberkämmerer seines Vaters that. Aber es liegt, wenn nicht in der Natur seiner ursprünglichen Anlage, so jedenfalls in der Natur seiner Politik, daß er oft genug das Kamel als ein Wiesel erscheinen läßt. Auch wenn man es nicht billigt, begreift man es schließlich aus der Lage eines Mannes, der mit dem Gewicht sehr disparater Kräfte zu rechnen hat und nicht unabhängig genug ist, ihnen eine starke, grundsätzlich bestimmte Po-

litik entgegenzusetzen. Kann, darf aber der Leiter einer demokratischen Partei, die nichts ist, wenn sie nicht eine eigene Politik hat, ihm und seinen politischen Jügen sflavisch folgen? Heißt Das nicht, sich selbst aufgeben? Wem nützt er, wenn er pathetisch erklärt, der Kanzler habe Weiß gesagt, wo dieser wohlbedacht Weißlich-grau sagte, um im Nothfall erklären zu können, er habe eigentlich Schwarz gemeint? Seinem Lande nützt er schwerlich.

Die Rückwirkung der Politik der Umdeutungen, wie man das Verfahren der Vorstandspartei nennen kann, auf das Ausland ist bisher nur die gewesen, daß das Mißtrauen, welches dieses den Erklärungen des Kanzlers entgegenbringt, sich auf die Sozialdemokratie *ausdehnt*, hat, *„Folge“* sagte, *„sich“*, *„an“*, *„aus“*, *„den“*, *„als“*, *„die“*, *„und“*.

Schleppenträgerin der Regierung: und Das ist für Deutschland kein Gewinn. Der von einer erstaunlich kindlichen Psychologie zeugende Gedanke, das gegnerische Ausland werde vor Deutschland zu Kreuze kriechen, wenn es sehe, daß die Deutschen einmüthig hinter der Regierung stehen, hat sich als von Grund aus falsche Rechnung erwiesen. Die Haltung der sozialistischen Mehrheit hat im Gegentheil die Widerstandslust im feindlichen Lager noch gesteigert; sie konnte gar keine andere Wirkung haben, da sie drüben als ein Beweis dafür ausgegeben und aufgefaßt wird, daß an eine wirksame Gegenkraft gegen den deutschen Militarismus aus dem deutschen Volke selbst heraus auf absehbare Zeit nicht zu rechnen sei. Wenn im Lager der Entente das Schlagwort „wider den deutschen Militarismus“ für Viele nur eine Deckung ist, hinter der sich imperialistische Eroberungsabsichten bergen, so ist doch die Zahl Derer noch viel größer, die an seine Realität glauben.

Man kann eine Sache nicht ohne ihre nothwendigen Nebenwirkungen haben. Eine sich für die Regierungspolitik einsetzende Sozialdemokratie ist für die Regierung unzweifelhaft etwas sehr Angenehmes und mag durch ihr Wohlverhalten auch Gegenleistungen in Gestalt irgendwelcher politischen Zugeständnisse einernten. Aber sie hört dann auf, unter Verhältnissen, wie wir sie heute haben, eine internationale Kraft von besonderer Art zu sein. Sie spielt als politischer Faktor die selbe Rolle, die im Wirtschaftsleben die Selben Gewerkschaften spielen. Sie zählt bei den Entscheidungen nicht mit, sie wirkt nicht selbständig auf sie ein. Die Vorstandsfraction der deutschen Sozialdemokratie ist völlig außer Stande, irgendetwas von Wirkungskraft für den Friedensschluß zu thun. Die Internationale der Arbeiterklasse, vor dem Krieg eine so große Verbindung, könnte heute, wo die Völker nach dem Retter ausschauen, der sie aus der Wirrnih herausreißt, Großes für diesen Zweck leisten, wenn sie ihre Einheit bewahrt hätte. Das war aber selbst nur möglich, wenn vor allen Dingen die deutsche Sozialdemokratie durch ihr Verhalten jeden Zweifel an ihrer politischen Unabhängigkeit und ihrer Ueberzeugungstreue ausschloß. Dadurch, daß es nicht geschah, ist die Internationale heute und, fürchte ich, noch auf längere Zeit hinaus politisch gespalten und

der Glaube an sie untergraben. Das ist, wie sich noch zeigen wird, ein großer Verlust für die Welt. Aus dem Spiel der politischen Elemente des Völkerlebens ist eine Kraft ausgeschaltet, die, wenn sie noch nicht stark genug war, positiv zu gestalten, doch als Segenkraft gegen die auf die Verheerung und den Krieg hinarbeitenden Elemente zunehmende Bedeutung erlangte.

So ist die Frage, ob der Riß in der deutschen Sozialdemokratie zur vollendeten Spaltung wird, eine Frage von europäischem Interesse. Die Spaltung wird das Vorherrschen des Opportunismus in der Vorstandsfraktion zur Folge haben. Mit ihm wird die Behandlung der völkerpolitischen Fragen vom nationalistischen Standpunkt der bürgerlichen Klassen aus immer stärkere Geltung in ihrer Politik erlangen. Die Partei wird den Internationalismus nicht geradezu abschwören, sie wird ihm in ihrem Tempel noch einen bescheidenen Altar gönnen. Aber sie wird ihn kraftlos vertreten, wie ja auch ihre Opposition gegen Vorgänge, die sie nach ihrem Programm heftig bekämpfen müßte, heute der Kraft entbehrt, über die sie einst verfügte. Uebermals ein großer Schade für das Ansehen Deutschlands im Ausland. Ein Land, in dessen Parlament eine Partei fehlt, die als ihre Mission erachtet, als sein Gewissen sich zu betätigen, wird nie in der Welt populär werden.

Wo es ihr möglich ist, sucht die Opposition zu leisten, was die Vorstandsfraktion versagt, und dem Erbe treu zu sein, das die großen Vorkämpfer der deutschen Sozialdemokratie hinterlassen haben. Sie ist in ihrem Wirken durch den Kriegszustand in der verschiedensten Weise gehemmt, während die Vorstandspartei ihn sich gründlich nutzbar zu machen weiß. Die Art, wie sie Das thut, hat die Erbitterung in den Reihen der zur Opposition stehenden Parteimitglieder ungemein verschärft, so daß, wenn die Spaltung perfekt wird, die gegenseitige Bekämpfung sehr leidenschaftlich werden dürfte. Die Opposition verfügt über viel geringere materielle Machtmittel als die Vorstandspartei und wird in ungleich höherem Maße auf die Ideologie als Triebkraft angewiesen sein. Das wird aber auch zugleich ein großes Moment der inneren Kraft für sie werden. Denn was ist die Partei der aufstrebenden Klasse der Gesellschaft ohne ein starkes idealistisches Element in ihrem Fühlen und Denken? Und wenn sie in weniger Mitgliebschaften die Mehrheit haben würde als die Vorstandspartei, so würde sie darum doch mit unvergleichlich größerer Anhängerschaft aus dem Krieg hervorgehen als die der beiden feindlichen Fraktionen der Sozialdemokratie nach dem Kriege von 1870 zusammengenommen, so daß an ihrer Lebensfähigkeit gar nicht zu zweifeln wäre. Ein Memento für Alle, die in der Leitung der Vorstandspartei eine entscheidende Stimme haben.

Eduard Bernstein,
Mitglied des Reichstages.

MANOLI



NITRALAMPE

AEG

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1916.

Aktiva.		Passiva.	
	M.		M.
Kasse, fremde Gelds., Kup. u. Guth. b. Not.- u. Abrechn.-Bk.	44 664 596	Aktienkapital	110 000 000
Wechsel u. unvers. Schatzanw.	151 006 349	Reserven	
Notroguth. b. Bk. u. Bankfirm.	24 230 218	Reservofonds I M. 39 450 000	
Lomb. u. Rep. geg. börsengäng.		II 6 350 000	
Wertpap. einschl. Vorschüss.		Fl.-Reservofds. 1 200 000	47 000 000
geg. Deutsche Kriegsanleihe	49 836 213	Kreditoren	427 096 834
Vorschüsse a. Waren u. Waren-		Akzepte u. Schecks	33 251 928
verschiffungen	2 554 416	außerd.: Aval- u. Bürgsch.-	
Eigene Wertpapiere	35 908 597	verpflichtung M. 13 618 318.41	
Konsortial- u. Finanzgeschäfte	11 941 592	Reamten-Pensionsfonds	2 387 896
Dauernde Beteilig. bei Banken	14 955 412	Akt.-Div., noch nicht erhobens	81.29
Debitoren in lauf. Rechnung	375 462 035	Gewinn- u. Verlust-Konto	
Bankgebäude	7 082 000	Reingewinn	10 353 814
Immobilien abzgl. Hypotheken	2 645 567		
Hypotheken	5 829 079		
Mobilien	1 000		
Pfandbrief-Abt., Aktiv-Saldo	3 051 683		
	629 154 545		629 154 545

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1916.

Soll.		Haben.	
	M.		M.
Abgaben u. Staatsauslicht	1 457 201	Übertrag v. vor. Rechnungsj.	419 148
Besoldungen	3 108 258	Zins. u. Gewinn a. Wechsel	5 500 611
Handlungsunkosten	1 956 961	Wertpapiere	
Abschreibung auf Mobilien	1 48 154	Laufd. Rechnung, ber. Zinsen	901 750
Abschreibung a. Bankgebäude	98 437	abzüglich vergütete	5 420 590
Filialen-Reservofonds	75 000	Vereinnahme Provision., ber.	
Reingewinn d. 61. Rechnungsj.	10 353 814	abzüglich vergütete	4 136 020
		Agio-Gewinn	226 484
		Ertrag d. dauernden Beteilig.	345 671
		Überschuss d. Pfandbrief-Abt.	1 19 630
	17 197 818		17 197 818

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Keller. Petersen. Dr. Schoen.

Wettannahmestellen:

Berlin NW, Schadowstrasse 8, Kurfürstendamm 234

und an sämtl. Theaterkassen der Firma A. Wertheim.

Leipziger Str. nur wochentags.

Schluß der Annahme für Vorwetten:

Für die Groß-Berliner Plätze

bei persönl. Auftrag bis 1 1/2 Stunden

bei Post-Aufträgen bis 2 Stunden

Für auswärtige Plätze bei allen Aufträgen

bis 2 1/2 Stunden

} vor Beginn des
ersten Rennens.

Am Wochentage vor den Rennen werden in allen Annahmestellen Vorwetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Rennen zu Karlshorst am 22., 29. April,

Rennen zu Breslau-Süd am 22. April,

Rennen zu Köln a. Rh. am 22. April,

Rennen zu München-Riem am 25. April,

Rennen zu Hamburg-Horn am 29. April,

Rennen zu Neuss am 29. April,

Trabrennen zu Hamburg-Farmsen am 22., 25. April,

Trabrennen zu München-Daglfing am 22., 29. April.

Wettbedingungen werden i. d. Wettannahmestell. nentgeltl. verabfolgt.



Bad Elster. Mit dem Herannahen des Frühjahrs haben die Vorbereitungsarbeiten für die Kurzeit im vollen Umfange eingesetzt. Die Nachfrage nach der Badeschrift nimmt fortgesetzt zu und lässt auch für den kommenden Sommer einen guten Besuch des Elsterbades erwarten. Zur Ausführung der Kurmusik ist für eine Reihe von Jahren die Fürstlich Reussische Hofkapelle zu Gera gewonnen worden, die durch ihre vorzüglichen Leistungen in der Musikwelt hohes Ansehen genießt. Die hiesigen Bühnen sind fortwährend, auch im Winterhalbjahr, geöffnet. Zur Vornahme von Badekuren ist also jederzeit Gelegenheit. Gerade die Zeit des Erwachens der Natur mit ihren starken Einwirkungen auf Körper und Geist des Menschen verspricht guten Kurerfolg.

In
reinen Gärten
erfolgt man Heilung
durch die
**Woffische
Zitronen**
Ludw. Woff, Ullrichsbad

Adler & Oppenheimer Lederfabrik A.-G.

Um den Inhabern unserer $4\frac{1}{2}\%$ Schuldverschreibungen auch diesmal Zeichnungen auf die

Kriegsanleihe

zu erleichtern, haben wir mit den folgenden Banken:

Bank für Handel & Industrie, Filiale Strassburg,

Bank von Mülhausen, Strassburg,

Elsässische Bankgesellschaft, Strassburg,

Rheinische Creditbank, Filiale Strassburg,

Ch. Staehling, L. Valentin & Co., Strassburger Bank, Strassburg

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G., Mannheim,

ein Abkommen getroffen, nach welchem diese sich bereit erklären, bis zum 15. April ds. Js. sämtliche Serien unserer Schuldverschreibungen bei Zeichnungen auf die sechste Kriegsanleihe zum Ausgabekurs der Letzteren, also zu 98% in Zahlung zu nehmen.

Strassburg i. Els., den 28. März 1917.

Adler & Oppenheimer Lederfabrik A.-G.

Kgl. Bad Elster

Eisen-, Mineral-, Moor- und Radium-Bad.

Ständig im Betrieb. Badeschriften durch die Kgl. Bade-Direktion.



Wie für unsere Tage geschrieben, ist:
Max Dreyer,
Der Deutsche Morgen
 Das Leben eines Mannes.

10. Tausend. Geheftet Mark 4.50, gebunden Mark 6.—.

Der Kampf um die Verfassung, der innere Freiheitstriebe, nachdem Deutschland die Fremdherrschaft gebrochen hat, das ist in diesem groß angelegten Roman der Brennpunkt, der alle geistigen Strahlen der Zeit vereinigt. An diesen inneren Dingen entlammt sich das deutsche Gewissen, der deutsche Hohn, und auch der Scheiterhaufen des Martyriums, das viele der Besten für ihre Treue leiden. Diese Opferfeuer leuchten hinein in unsere Tage und sind Flammenzeichen der Mahnung und Warnung.

Vorrätig i. d. Buchhandlungen. Verlag v. L. Staackmann in Leipzig.

Bad Salzfchlirf bei Fulda

Sicht und Stoffwechselliden!

1. Mai bis 1. Oktober 1917

Der neue Badehof
 Hervorragende Küche

Alle Druckfachen frei durch die Kurverwaltung

== Salzfchlirfer Bonifazius zu Hauskuren ==

Währungs - Politik

Landstaatsbürgerliche Erziehung
 von Dr. Altr. Schmidt (Essen).
 Box. Kultur, Febr.-Heft 1917. — 50 Mk.
 Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach.

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz

Herrn, Lage
 Wirks. Heilvert.
 Chron. Krankh.

**Diätet.
 Kuren**

Zweiganst.
 tägl. 6 M.
 Prosop. u. Broch. fr.

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1916.

Wir berichten über das siebenundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank.

Noch immer wütet der verbrecherische Krieg, der so viele hoffnungsvolle Menschenleben, soviel Arbeit, Gut und Wohlstand vernichtet. Die deutschen Heere, sowie unsere tapferen Bundesgenossen haben im wesentlichen ihre Stellung auf allen Fronten behauptet. Verdientes Schicksal hat Rumänien ereilt, das sich ohne Not in den Kampf einmischte. Durch die Besetzung der Walachei und Dobruđa ist den Zentralmächten wertvolles Gebiet für die Erzeugung von Getreide und die Gewinnung von Erdöl zugewachsen. Mit einer Einmütigkeit und Opferbereitschaft, wie sie nur seltene Höhepunkte der Volksgeschichte aufweisen, tritt das deutsche Volk voll ernster Entschlossenheit und Zuversicht in den entscheidenden Endkampf, für den unsere Streitmacht zu Wasser und zu Lande ebenso gerüstet ist, wie die Volkswirtschaft in der Heimat.

In zunehmendem Grade haben die Ereignisse seit Kriegsbeginn aufgedeckt und erwiesen, auf welcher Seite das überwiegende Schwergewicht nicht nur der Stärke, sondern auch des moralischen Rechtes liegt, ob auf der Seite unserer Gegner, die um Befriedigung ihres Hasses, um Gewinn an Land und Gütern kämpfen, oder auf seiten Deutschlands und seiner Verbündeten, die um ihre Unabhängigkeit, um die Behauptung ihres Besitzes, die Sprengung unerträglicher Einkreisung, um die Freiheit der Meere und des Welthandels, um gleiches Recht für alle in den Kampf gezogen sind. Die Geheimakten der Archive von Brüssel, Bukarest und Kowno haben bestätigt, was der seit einem Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges von unseren Gegnern geführte Feldzug der Verhetzung gegen Deutschland und der planmäßigen Vergiftung der öffentlichen Meinung hatte ahnen lassen.

Deutschlands Kraft steht ungebrochen. Die Ernte war gut, wenn auch ungenügend im Ertrag an Kartoffeln. Zwei Krieganleihen lieferten in 1916 jede über 10 Milliarden Mark. Die bevorstehende sechste Krieganleihe verspricht wieder guten Erfolg. Die Einlagen in Banken und Sparkassen sind höher als jemals zuvor. Obwohl aus deutschen Sparkassengeldern über 7 Milliarden Mark zur Anlage in Krieganleihen verwendet worden sind, ist der absolute Einlagebestand noch ebenso hoch wie zu Anfang des Krieges, mehr als 20 Milliarden Mark. Für die Deutsche Bank lassen wir unsere Zahlen reden.

Unser Gesamtumsatz erreichte 129 Milliarden und überstieg den vorjährigen um 22 Milliarden Mark.

Die Aktiven und Passiven unserer Londoner Filiale sind in unserem Abschluß nach dem von der englischen Regierung veröffentlichten Bericht des Zwangsverwalters eingestellt. Obwohl die Liquidation unserer Filiale einen Uberschuß von mehr als 1½ Millionen Pfund Sterling über alle Verbindlichkeiten aufweist, verkündet die britische Regierung, von einer gewissen Presse aufgestachelt, unser Bankgebäude solle verkauft werden. Es war England vorbehalten, das böse Beispiel zu geben, unter Mißachtung allen Völkerrechts und anzustreben für überwunden gehaltenen mittelalterlicher Gebräuche das Privateigentum anzutasten. Wird London künftig als ein sicherer Aufbewahrungsort ausländischen Privatvermögens zu betrachten sein?

Der Banksatz betrug während des ganzen Jahres 5%. Der Goldbestand der Reichsbank hat sich noch etwas vermehrt, übersteigt den englischen Goldschatz um mehr als das Doppelte und nähert sich dem wirklichen Goldbestande der Bank von Frankreich, der früher ein Vielfaches des deutschen Goldvorrats zu betragen pflegte. Was die Bank von Frankreich in ihrem Status als „or à l'étranger“ aufführt, ist hauptsächlich (gegen das Versprechen dereinstiger Rückgabe) nach London abgeflossenes Gold, das wohl längst seinen Weg nach New York für die Bezahlung der riesenhaften amerikanischen Munitionslieferungen gefunden hat. Jedenfalls wird das gleiche Gold an mehr als einer Stelle als Bestand aufgeführt. Goldmünzen sind in allen kriegführenden Ländern aus dem Umlauf verschwinden. Die Währung der glücklichen an dem Kriege unbeteiligten Länder wird aber dem Goldpunkt bewertet.

Die Aufhebung des Scheckstempels hat eine erfreuliche Zunahme des Scheckverkehrs, wenn auch entsprechende Belastung unseres Personals zur Folge gehabt. Durch Einführung zweckmäßiger Zahlungs- und Überweisungskarten haben wir dazu beigetragen, den bargeldlosen Verkehr zu fördern.

Was unsere Abschlußzahlen anbelangt, so dürfen wir im wesentlichen auf unsere vorjährigen Erläuterungen hinweisen. Die stärkste Abweichung zeigt die Summe unserer Kreditoren, die sich um über 900 Millionen Mark erhöht hat. Dieser Zunahme der uns anvertrauten Gelder steht eine entsprechende Vermehrung unserer Wechsel, Bankguthaben und Lombard-Vorschüsse gegenüber. Das Verhältnis unserer flüssigsten Mittel zu den Verpflichtungen hat sich weiter gehoben; von sämtlichen Verpflichtungen unserer Bank betragen:

die leicht greifbaren Mittel 78,87 % gegen 71,26 % im Vorjahr,
unter Einrechnung der Warenvorschüsse . . . 84,93 % gegen 77,41 %.

Die Zahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen hat sich von 360 049 auf 390 416 am Ende des Berichtsjahres erhöht.

Die Zahl unserer Beamten, einschließlich der Mitglieder des Vorstandes und der Direktionen aller Zweiganstalten, sowie einschließlich der großen Zahl der im Heeresdienst Wirkenden und der zu teilweise Ersatz angestellten Hilfskräfte, betrug am Jahresabschluß 10 696 gegen 10 120 im Vorjahr. Wir geben wiederum als Anlage zu diesem Bericht das Verzeichnis der unvergessenen Tapferen, die in Erfüllung ihrer Pflicht ihr Leben für das Vaterland lassen mußten.

In Anbetracht der herrschenden Teuerung haben wir unserer Beamtenschaft, neben dem bereits in 1915 bis auf weiteres gewährten laufenden Zuschuß, während

des abgelaufenen Jahres dreimal besondere Kriegsbeihilfen bewilligt. Ein schließlich der aus dem Jahresgewinn zu entnehmenden Abschluß-Gratifikationen hat die Deutsche Bank für ihre Beamten im Berichtsjahre über die festen Gehälter hinaus die folgenden Summen aufgewendet:

Weihnacht- u. Abschluß-Gratifikationen	M. 5 118 698,30
Wohlfahrtseinrichtungen	492 158,56
Beiträge zum Beamtenfürsorge-Verein	1 612 803,79
Pensionen u. Unterstützungen a. d. Dr. Georg von Siemens-Fonds	544 674,73
	M. 7 768 425,38

Dazu aus Anlaß des Krieges laufende Beihilfen und Teuerungszulagen an die zum Heeresdienst einberufenen sowie die im Betriebe tätigen Beamten (Kriegsfürsorge)

7 544 015,35
M. 15 312 440,63

also einen Gesamtertrag gleich annähernd der Hälfte der Dividende.

Vom 1. Januar 1917 ab gewähren wir unseren fest angestellten Beamten, unter Ausschuß der Tantiemberechtigten, für jedes Kind bis zu dessen vollendetem sechzehnten Lebensjahre einen jährlichen Erziehungsbeitrag von M. 200; natürlich auch den zum Heeresdienst einberufenen Beamten nach ihrer Rückkehr das gleiche, und zwar an Stelle der jetzt von ihnen bezogenen Kinderzulage.

Außerdem haben wir wegen der Teuerung unseren in Ruhestand befindlichen Beamten und den Witwen und Waisen der verstorbenen Beamten zu den ihnen aus dem Dr. Georg von Siemens-Fonds gezahlten Pensionen, rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab, bis auf weiteres einen besonderen Zuschuß bewilligt. Der Witwen und Waisen der im Kriege gefallenen Beamten ist bereits, wie in unserem Jahresbericht für 1914 ausgeführt, durch eine Erhöhung der üblichen Sätze gedacht worden.

Auch in diesem Jahre haben wir alle Neuausgaben für Einrichtung völlig abgeschriebener, sowie einen Betrag von M. 6 187 843,23 (einschl. M. 4 Millionen Sonderabschreibung) auf Bankgebäude abgesetzt. In Trier wurde ein Grundstück für den Neubau unserer dortigen Filiale erworben.

Für Steuern und Abgaben hatten wir M. 5 200 151,91 zu erlegen, gegen M. 4 190 670,32 im Jahre zuvor; zusammen mit dem Wehrbeitrag und der Zinsbogensteuer jedoch über sechs Millionen Mark.

Unsere Zweiganstalten haben sich unter den, durch die Verringerung der arbeitenden Belegschaft, recht schweren Umständen jeder billigen Anforderung gewachsen gezeigt. Durch die Aufnahme des Schlesischen Bankvereins und der Norddeutschen Creditanstalt, die in der außerordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre am 7. März beschlossen wurde, ist die Zahl unserer eigenen Bankstellen auf 102 gewachsen. Die Deutsche Bank ist nunmehr außerhalb Groß-Berlins durch Filialen, Zweigstellen und Kassen an folgenden Plätzen vertreten:

Aachen, Allenstein, Augsburg, Barmen, Bergedorf, Berncastel-Cues, Beuthen O.-S., Bielefeld, Bocholt, Bonn, Bremen, Breslau, Bromberg, Brüssel, Btrow, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Cronenberg, Culmsee, Danzig, Darmstadt, Deuben, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Frankfurt a. M., M.-Gladbach, Glatz, Gleiwitz, Glogau, Gudenfrei, Goch, Görzitz, Gumbinnen, Hagen i. W., Hamburg, Hamm i. W., Hanau, Hindenburg O.-S., Hirschberg i. Schl., Hohensalza, Idar, Insterburg, Jauer, Kattowitz, Kolberg, Köln, Köln-Mülheim, Königsberg Pr., Königsbütte O.-S., Konstantinopel, Langenbielau, Langerfeld, Langfuhr, Leipzig, Leobschütz, Libau, Liegnitz, Lippstadt, London, Lützen, Meissen, München, Neheim, Neisse, Neuh., Nürnberg, Offenbach, Oliva, Opladen, Paderborn, Posen, Potsdam, Radeberg (Sachsen), Ratibor, Reichenbach i. Schl., Reimscheid, Rheydt, Ronsdorf, Rybnik, Saarbrücken, Schliebusch, Schweidnitz, Schwelm, Soest, Solingen, Spandau, Spottau, Stettin, Thorn, Tiegenhof, Trier, Vegesack, Velbert, Wald, Waldenburg i. Schl., Warburg, Weiser Hirsch, Wiesbaden, Zoppot.

Die beschlossene Eröffnung einer Filiale in Sofia ist in Vorbereitung; die Zweigstelle Metz hat ihren Betrieb wegen des Kriegszustandes noch nicht aufgenommen.

Wir haben uns kommanditistisch an der hochangesehenen Bankfirma C. G. Trinkaus in Düsseldorf beteiligt. In Trier übernahmen wir das altangesehene Bankhaus Reverchon & Co., dessen Teilhaber die Herren Kommerzienrat Adrian Reverchon und Justizrat Dr. jur. Lorenz Hey, mit Beginn des neuen Geschäftsjahres als Direktoren in die Leitung unserer Filiale Trier eingetreten sind.

Die Deutsche Ueberseeische Bank ist infolge der Schwierigkeit des Verkehrs mit Uebersee noch nicht in der Lage, einen Abschluß aufzustellen, dürfte aber nach den eingelaufenen Nachrichten wiederum 6% Dividende verteilen können.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen enthält die für 1915 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank (6%) (für 1916 6%), der Deutschen Vereinsbank (5½%) (für 1916 6%), der Essener Credit-Anstalt (8%) (für 1916 8½%), der Hannoverschen Bank (6½%) (für 1916 7½%), der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15%) (für 1916 15%), der Niederlausitzer Bank A.-G. (6½%) (für 1916 7%), der Oldenburgischen Spar- u. Leih-Bank (10%) (für 1916 10%), der Pfälzischen Bank (6%) (für 1916 6%), der Privatbank zu Götting (6%) (für 1916 6%), der Rheinischen Creditbank (6%) (für 1916 6%), des Schlesischen Bankvereins (7%) (für 1916 7½%), der Württembergischen Vereinsbank (6%) (für 1916 7%) und der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft (12½%) (für 1916 12½%).

Wie aus der obigen Aufstellung der für 1916 schon empfangenen oder zu erwartenden Dividenden oder Zahlungen ersichtlich ist, können alle diese Institute für das dritte Kriegsjahr den gleichen oder einen höheren Gewinn vorschlagen, als im zweiten.

Wir haben die Geschäfte verschiedener Kriegsausschüsse und Abrechnungsstellen weitergeführt, als deren wichtigsten wir den Kriegsausschuß für Oel und Fette hervorheben.

Unsere in dem vorjährigen Bericht erwähnte Einrichtung zur Vermittlung von Geldsendungen an deutsche Gefangene im feindlichen Ausland, in der jetzt nicht weniger als 81 Beamte arbeiten, hat ihr segensreiches Wirken fortgesetzt.

Im Jahre 1916 sind rund 400 000 solcher Zahlungen, einmalig oder laufend, von uns vermittelt worden und in den meisten Fällen auch an die berechtigten Empfänger gelangt.

Wir haben zusammen mit Herrn A. Lohmann in Bremen und dem Norddeutschen Lloyd die Deutsche Ozean-Reederei G. m. b. H. gegründet, deren Unternehmenselement „Deutschland“ zwei erfolgreiche Fahrten nach den Vereinigten Staaten ausführen konnte.

Die Bank für orientalische Eisenbahnen hat 5% Dividende verteilt, die wir von dem Buchpreise abgesetzt, also nicht in unseren Gewinn einbezogen haben. Die Bank und ihre Untergesellschaften befinden sich in gesunder Verfassung; die Bank muß jedoch nach dem schweizerischen Obligationenrecht große Valuta-Abschreibungen vornehmen.

In dem Bestreben, unsererseits die dringend wünschenswerte Zusammenfassung der deutschen Bankkraft im Auslande zu fördern, haben wir uns im Berichtsjahr mit einer nennhaften Quote an der Deutschen Orientbank A.-G. beteiligt und sind in deren Aufsichtsrat eingetreten.

Unsere Eisenbahn-Unternehmungen in der Türkei haben dem verbündeten Osmanischen Kaiserreich weiter die wertvollsten Dienste geleistet. Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft dürfte für 1916 wiederum mindestens 6% Dividende vorschlagen. Die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft hat, trotz aller durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten, mit Unterstützung der Türkischen und der Reichsregierung, sowie der beiderseitigen Heeresorgane, ihren Ausbau und Weiterbau gefördert. Auch in Zukunft wird das Unternehmen der Hilfe der beiden Regierungen recht sehr bedürfen, weil der Bau unter den Bedingungen der Konzession von 1908 ebenso unmöglich geworden ist, wie der konzessionsgemäße Betrieb zu 45 bzw. 40% der Bruttoeinnahmen. Durch vier Kriege, von denen der letzte und schwerste noch andauert, sind der Bahn wie auch der Bauunternehmung außerordentlich große Verluste erwachsen; die Steigerung des Zinsfußes für alle festverzinslichen Wertpapiere um die Hälfte und mehr, macht den Verkauf der 4% türkischen Subventionsanleihen, aus denen bekanntlich der Bau zu bestreiten ist, auf absehbare Zukunft hinaus unmöglich.

Der „Bayerische Lloyd“ Schiffahrtsgesellschaft m. b. H., Regensburg, den wir unter fördernder Mitwirkung und späterer Kapitalbeteiligung der K. Bayerischen Staatsregierung und im Verein mit süddeutschen Städten, den bayerischen Großbanken und anderen Freunden entwickelt haben, konnte seine Flotte und Einrichtungen im Laufe des Weltkrieges erheblich vermehren. Auch die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat inzwischen für die Bedürfnisse der deutschen Einfuhr eine Reihe von Dampfern und Schleppkähnen gebaut, die auf den Bayerischen Lloyd gegen eine entsprechende Kapitalbeteiligung der Reichsregierung an dem Unternehmen übergehen. Darüber hinaus sollen durch eine bevorstehende Kapitalerhöhung des Bayerischen Lloyd die für dessen weitere Ausdehnung nötigen Mittel beschafft werden.

Die Steana Romana, Aktien-Gesellschaft für Petroleum-Industrie, hatte die Ausschüttung einer gegen ihren letzten Dividendensatz erhöhten Verteilung in Aussicht genommen. Der Eintritt Rumädens in den Krieg hat diese Absicht vereitelt, indem englische Agenten die Anlagen der Gesellschaft an vielen Stellen systematisch zerstört haben, ein Teil der Bücher und Schriften vernichtet oder verschleppt und sogar die bescheidene Habe und Einrichtung der Beamten geraubt worden ist. Die Gesellschaft ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt; sie hat bereits ihren Bohrtrieb und die Erzeugung von Petroleumprodukten, vorläufig in beschränktem Umfang, wieder aufgenommen. Von den Vorräten wurde durch die rasche Einnahme von Konstanza eine bedeutende Menge gerettet. Unter den geschilderten Umständen wird die Aufstellung einer Bilanz Zeit erfordern, und bis dahin hat auch die deutsche Petroleum A.-G. wegen ihrer großen Beteiligung an der Steana Romana ihren Abschluß aufgeschoben.

Die Bayerischen Stickstoffwerke, deren Aktien noch in einem Syndikat gebunden sind, haben ihre Dividende auf 14% erhöht. Eine zweite Wasserkraft von 24000 Pferdestärken an der Alz wird zurzeit ausgebaut. Der Bau und Betrieb der großen Reichswerke hat die Gesellschaft zu einem bedeutenden Unternehmen gemacht. Die Gesellschaft hat in unserem Auftrage für ein Konsortium den Bau und die Leitung einer Fabrik zur Herstellung von Tetralin-Benzol übernommen.

Unter unserer Mitwirkung und im Verein mit bayerischen Banken und anderen Freunden haben die Kruppwerke die Kommanditgesellschaft Bayerische Geschützwerke Fried. Krupp in München errichtet.

Nach zweijährigen Verhandlungen haben wir gemeinsam mit der Dresdner Bank die „Mitropa“ Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G., Berlin, errichtet. Unter strenger Wahrung bestehender Rechte feindlicher Ausländer ist dieser Gesellschaft von den deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsbahn-Verwaltungen die Führung zahlreicher Schlafwagen- und Speisewagen-Kurse übertragen worden. Ein Kreis von Beteiligten aus Oesterreich-Ungarn und den deutschen Bundesstaaten hat sich mit uns zur Durchführung dieses verkehrspolitisch wichtigen Unternehmens vereinigt.

Die Ungarische Erdgas-Aktien-Gesellschaft in Budapest, über deren Vorbereitung wir vor einem Jahre berichteten, wurde inzwischen mit einem Kapital von 37 Millionen Kronen begründet. Dieses erste, große deutsch-ungarische Wirtschaftsunternehmen hat trotz aller Schwierigkeiten, die der Weltkrieg und insbesondere der rumänische Einbruch in Siebenbürgen mit sich brachten, seine Einrichtungen abhaken durchgeführt. Die bereits erzielte Erzeugung ermöglicht schon nächstens die Lieferung bedeutender Erdgasmengen an Betriebe der ungarischen Krieges- und Friedenswirtschaft.

Die St. Louis & San Francisco Bahn ist mit gutem Erfolge reorganisiert worden. Es ist uns gelungen, unter Ausnutzung der hohen Wechselkurse, den deutschen Besitzern der von uns eingeführten 5 zinsigen Bonds, kurz vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens der Vereinigten Staaten, die Rücknahme dieser Bonds zu einem den Ausgabepreis übersteigenden Kurse anzubieten. Die allermeisten

unserer Kunden haben hiervon Gebrauch gemacht. So hat sich die Anlage in diesen Bonds seit ihrer Einführung, trotz der bedauerlichen Stockung in den Zinszahlungen, schließlich für die Erwerber doch als eine vorteilhafte erwiesen; durch den Rückverkauf erwuchs überdies der deutschen Währung eine willkommene Stütze in kritischer Zeit.

Von sonstigen Konsortialgeschäften erwähnen wir die Uebernahme 5 zinsiger Kassenscheine der Stadt Wien sowie von Anteilen der Deutschen Tabakhandels-G. m. b. H. (Filiale Bremen); auch die Kapitalerhöhungen des Stahlwerk Becker A.-G., der Sächsischen Gußstahlfabrik Döhlen (Filiale Dresden), der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G., der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., der Howaldtswerke A.-G., der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas A.-G., der Carl Berg A.-G. (Bergisch-Märkische Bank), des Deutschen Lloyd Versicherungs A.-G., der Hirsch Kupfer- und Messingwerke, der Rütgerswerke A.-G., der Vereinigten Glanzstofffabriken, der Reinger Gebbert & Schall A.-G. (Filiale Frankfurt), und der Wandabeker Lederfabrik A.-G. (Filiale Hamburg).

Unsere Konsortial-Rechnung bestand am Jahreschlusse aus:	
Beteiligungen an festverzinslichen Werten	M. 19 198 267.54
" an Aktien von Eisenbahnen und an anderen	
Transport-Unternehmungen	1 637 634.15
an Bank-Aktien	6 117 221.56
an Grundstücks-Geschäften	2 634 368.24
an inländischen industriellen und anderen	
Unternehmungen	7 981 471.69
an ausländischen dgl.	7 120 062.97
an Kriegskreditbanken und anderen Kriegsgesellschaften	2 486 424.49
zusammen 321 Beteiligungen im Buchwerte von	M. 41 174 410.65

Der Bestand eigener Wertpapiere gliedert sich wie folgt:

Staats- und Kommunal-Papiere sowie deutsche Pfandbriefe	M. 29 447 559.—
Eisenbahn- und Industrie-Obligationen	1 388 854.58
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien	2 533 562.—
Verschiedene kleine Bestände	185 218.—
zusammen in über 434 Gattungen	M. 34 575 196.56

In diesem Bestande befanden sich deutsche Staatspapiere im Buchwert von M. 26 043 921.40. Wir waren auch im dritten Kriegsjahre instande, die bei Ausgabe von Kriegsanleihen jeweils für eigene Rechnung gezeichneten Beträge bei unserer Kundschaft unterzubringen und uns auf diese Weise zweckmäßig für weitere Leistungen vorzubereiten. Wir haben einen erheblichen Teil der Zeichnungen auf die ersten fünf deutschen Kriegsanleihen vermittelt, nämlich einen Betrag von über 3 Milliarden Mark.

Trotz der gewaltigen Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die Kriegsanleihen war aber auch die Nachfrage nach guten Industrie-Obligationen und anderen Anlagen dauernd lebhaft.

Den über 4% Goldzinsen (welche in die Zinsenrechnung gelossen sind, z. z. zielten Gewinn auf Wertpapiere und Konsortien haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen auf die Bestände verwendet.

Bei Aufstellung unseres Abschlusses haben wir abermals erhebliche Rücklagen im Hinblick auf das unsichere Schicksal unserer Londoner Niederlassung gemacht. Auch haben wir alle sonstigen Aktiven der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Kriegsgefahren bewertet.

Das sich hiernach ergebende Bild der Gewinn- und Verlust-Rechnung zeigt einen bedeutenden Mehrgewinn an Zinsen und befriedigende Zunahme der Einnahmen aus Provisionsgebühren; aber die durch Aufwendungen für Kriegsfürsorge gewaltig erhöhten Unkosten zehren die ausgewiesenen Mehrgewinne zu erheblichem Teile auf.

In den Aufsichtsrat wurden in der vorjährigen ordentlichen Generalversammlung neu gewählt die Herren:

Dr. jur. Rudolf Pauli, Direktor der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin,
Alfred von Kaula, Mitglied des Aufsichtsrats der Württembergischen Vereinsbank, Stuttgart;

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. März 1917 die Herren:

Geheimer Justizrat Dr. Felix Porsch, Erster Vizepräsident des Hauses der Abgeordneten, Breslau,
Valentin Graf von Ballestrem, Mitglied des Herrenhauses, auf Ober-Glaserdorf,
Fürst von Hatzfeldt Herzog zu Trachenberg, Mitglied des Herrenhauses, Trachenberg.

Caspar Graf Kerksenbrock, auf Schurgast O.S.,
Moritz Lipp, seitheriger Mitinhaber des Schlesischen Bankvereins, Breslau,
Fritz Zilske, Besitzer d. Vorsteheramts d. Kaufmannschaft zu Königsberg,
Kommerzienrat Adolf Unruh, Obervorsteher der Kaufmannschaft in Danzig,
Kommerzienrat Georg Manasse, Obervorsteher der Kaufmannschaft in Stettin.

Im neuen Jahre haben wir den Tod des Herrn Geheimen Kommerzienrat Franz Mackowsky in Dresden zu beklagen, der seit 1902 unserem Aufsichtsrat angehört hatte.

Herr Geheimer Kommerzienrat Heinrich Lueg in Düsseldorf hat zu unserem lebhaftesten Bedauern aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Mitglied, unseres Aufsichtsrates niedergelegt und gebeten, von seiner Wiederwahl abzusehen.

Zu stellvertretenden Direktoren bei unserer Hauptniederlassung wurden ernannt die Herren Selmar Fehr, bislang Abteilungsdirektor, Gerichtsassessor Dr. Kurt Weigelt und Hermann Witscher, welcher indessen bereits am 1. Dezember 1916 aus unseren Diensten schied, um den Posten eines Direktors der vorerwähnten „Mitropa“ zu übernehmen. Herr Ludwig Leiffmann, seither Abteilungsdirektor in Berlin, wurde zum Direktor bei unserer Frankfurter Filiale ernannt.

Zu Abteilungsdirektoren bei unserer Hauptniederlassung wurden ernannt die Herren Paul Herrmann, Moritz Joachimsohn, Friedrich Koppe, Bernhard Müller, Louis Lubarsch, Otto Sperber und Oscar Kraetzig, welcher letzterer aber zu unserem schmerzlichen Bedauern im Berichtsjahre durch den Tod aus seiner 36jährigen Tätigkeit bei der Deutschen Bank geschieden ist.

Wir verloren durch den Tod, gleichfalls nach 36jährigem Wirken in unserem Kreise unseren treuen und wertvollen Mitarbeiter Herrn Emil Rothacker, Abteilungsdirektor bei der Hauptniederlassung. In den Ruhestand übergetreten ist der Abteilungsdirektor Herr Friedrich Beltermann, der seit 1885 im Dienst der Bank gearbeitet hatte.

In Coblenz ist Herr Direktor Emil Beck in den Ruhestand getreten; an seiner Stelle wurde der bisherige Bevollmächtigte der Depositenkasse Soest Herr Hans Feldmann ernannt. Das Wachstum unserer Organisation in Hamburg bedingte die Ernennung derer langjährigen Mitarbeiter und seitherigen Prokuristen der Herren Robert Meyerding, Otto Focke, Adolf Deutsch und Wilhelm Bode zu stellvertretenden Direktoren. Nach Konstantinopel wurde Herr Franz Köbner als stellvertretender Direktor entsandt.

Bei unserer Filiale Rheydt haben wir den Verlust des stellvertretenden Direktors Herrn Hermann Rahusen zu beklagen, der am 27. Februar 1916 für das Vaterland auf dem Felde der Ehre gefallen ist.

Im neuen Jahre hat der Tod in den Reihen unserer unbewährten und geschätztesten Beamten drei schmerzliche Lücken gerissen. Wir haben verloren Herrn Fritz Lehmann, stellvertretenden Direktor unserer Depositenkassen, seit 1887 in Diensten der Deutschen Bank; Herrn Abteilungsdirektor Alfred Leissner, der seit 45 Jahren unser treuer Mitarbeiter und zuletzt Hauptkassierer bei der Zentralfirma; ferner Herrn Abteilungsdirektor Wilhelm Kissirig, der uns seit 37 Jahren ein lieber Mitarbeiter und lange oberster Vorsteher unserer Kontokorrent-Abteilung gewesen ist. Das Andenken aller dieser braven und tüchtigen Menschen bleibt in unserem Kreise unvergessen.

Unser langjähriger Kollege im Vorstand, Herr Ludwig Roland-Lücke, Mitglied des Reichstages ist zu unserem großen Schmerz am 13. Februar d. J. verstorben. Letztwillig hat er seine Anhänglichkeit an unseren Kreis durch die Stiftung eines größeren Betrages für die Beamten der Deutschen Bank bekundet.

Aus dem vorjährigen Vortrag von M. 12 164 553.98 ist die letzte Rate des Wehrbeitrags mit M. 598 496.— bezahlt worden. Einschließlich des alsdann verbliebenen Vortrags aus 1915 von M. 11 568 057.83, nach Vornahme unserer gewöhnlichen Abschreibungen auf Bankgebäude und Einrichtung im Betrage von . . . M. 2 718 069.46 einer Sonderrückstellung auf unsere 40 Bankgebäude von . . . 4 000 000.— und der Rückstellung für Zinsbogensteuer . . . 250 000.— beläuft sich das Erträgnis des Jahres 1916 auf . . . M. 49 984 779.70

Hievon erhalten zunächst die Aktionäre $6\frac{1}{2}\%$ Dividende auf M. 250 000 000.— . . . 16 250 000.—

Von den verbliebenen . . . M. 33 734 779.70

beantragen wir, der Rücklage B. . . M. 1 500 000.—

für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten . . . 5 200 000.—

zu überweisen. Von dem übrigbleibenden Betrage von . . . M. 28 401 779.70

abzüglich M. 12 272 747.44 Vortrag auf neue Rechnung, erhält

der Aufsichtsrat 4% Gewinnanteil mit . . . 1 120 032.96

Wir schlagen vor, von den restlichen . . . M. 27 272 747.44

6 % Superdividende auf M. 250 000 000.— mit . . . 15 000 000.—

zu verteilen und den Überschuss von . . . M. 12 272 747.44

auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten:

jede Aktie von nom. M. 100.— : M. 75.— } = 75 %

„ „ „ „ 1200.— : 150.— } Dividende.

„ „ „ „ 1600.— : 200.— }

Durch die Verschmelzung mit dem Schlesischen Bankverein und der Norddeutschen Creditanstalt steigen unsere Rücklagen einschließlich der obigen Zuweisung auf M. 225 000 000.— oder 81,81 % des im neuen Jahre auf M. 275 000 000.— erhöhten Aktienkapitals.

Hiernach beträgt das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Reserven (ohne den Vortrag) M. 500 000 000.

Berlin, im März 1917.

Der Vorstand der Deutschen Bank

A. v. Gwinner E. Heinsenmann Paul M. Herrmann P. Mankiewitz
C. Bichalowsky O. Schlitter G. Schröter E. G. v. Stauff
O. Wassermann

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1916.

Aktiva.		M.	pf.	M.	pf.
Kassa, fremde Geldsorten, Zinnscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken				18 493 829	83
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				379 022 089	76
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen				51 765 386	35
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				126 492 238	27
Vorschüsse auf Waren und Warenverschüßungen				4 241 802	89
davon am Bilanztage gedeckt:					
a) durch Waren, Fracht od. Lagerscheine M. 4 024 053,84					
b) durch andere Sicherheiten				121 000,—	
Eigene Wertpapiere:					
a) Anl. u. verzinsl. Schatzanw. d. Reichs u. d. Bundesst.	10 219 561	21			
b) Sonst. b. d. Reichsbk. u. and. Zentralnotenbk. bel. Wertp.	471 346	35			
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere	12 875 091	87			
d) Sonstige Wertpapiere	3 049 578	29		27 215 487	04
Konsortialbeteiligungen				16 424 024	33
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen				12 932 049	—
Debitoren in laufender Rechnung:					
a) gedeckte	172 483 698	75			
b) ungedeckte	48 081 552	58		221 115 151	38
Außerdem Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M. 31 173 639,35					
Bankgebäude u. Invent. in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig und Altenburg				6 740 000	—
Sonstige Immobilien	2 820 500	—			
auszüglich Hypotheken	1 671 700	—		1 148 800	—
				754 991 715	60
Passiva.		M.	pf.	M.	pf.
Aktionkapital				85 000 000	—
Reservefonds I.				8 500 000	—
Reservefonds II.				6 534 731	88
Steuern-Rückstellung				651 430	—
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds				1 474 902	39
Kreditoren:					
a) Nostroverpflichtungen	17 735 322	34			
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	2 755 518	91			
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	49 118 559	46			
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:					
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 135 127 195,71				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monat. fällig	107 638 716,51				
3. nach 3 Monaten fällig	17 898 080,36				
	360 819 834	28			
e) sonstige Kreditoren:					
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 167 495 000,54				
2. darüb. hinaus bis zu 3 Monat. fällig	78 802 978,69				
3. nach 3 Monaten fällig	42 188 126,01				
	288 491 785	15		316 911 020	17
Akzente und Schecks:					
a) Akzente	25 135 698	—			
b) noch nicht eingelöste Schecks	1 488 076	98		27 820 772	98
Außerdem Aval- und Bürgsch.-Verpflicht. M. 31 173 639,35					
Dividenden-Rückstände				47 886	50
Reingewinn				8 228 901	77
				764 291 715	60

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1916.

Ausgabe.	M.	pf.	Einnahme.	M.	pf.
Unkosten	5 592 711	80	Gewinnvortrag von 1915	624 991	88
Steuern	636 879	45	Zinsen	9 436 939	09
Abscr. a. Bankgebäude u. Inv.	476 782	23	Provisionen	5 010 299	43
Reingewinn	8 228 901	77	Gewinn a. Sort. u. Zinnscheine	213 792	30
	16 286 275	25		15 285 275	30

Die Dividendenscheine für das Geschäftsjahr 1916 werden vom 5. d. M. an, u. zwar

Nr. 45 mit M. 18.— per Stück von Aktien über M. 350.—

Nr. 19 mit M. 60.— per Stück von Aktien über M. 1000.—

in Hamburg an unseren Kassen, in Berlin an unseren Kassen und bei den Herren S. Kaufmann & Co., in Altona, Hannover, Kiel, Leipzig, Altenburg und Brandenburg a. N. an den Kassen unserer Filialen, in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Greylus & Co., in Barmen beim Barmer Bankverein, Hiasberg, Fischer & Comp., in Chemnitz beim Chemnitz Bankverein, in Dresden bei der Mitteldeutschen Privatbank A. G., in Köln bei Herrn J. H. Stein, in Magdeburg bei der Mitteldeutschen Privatbank A. G., in München bei der Bayerischen Vereinsbank bezahlt.

Hamburg, den 4. April 1917.

Der Vorstand.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Luergesellschaft), Berlin.

I. Die Generalversammlung vom 3. April 1917 hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Hinter § 5 der Satzung wird folgendes eingeschaltet:

„Es ist auch zulässig, Stammaktien unter Verwendung des Reingewinns (§ 29) in Stammaktien minderen Rechts umzuwandeln. Den Betrag, der zu diesem Zweck verwandt werden soll, bestimmt die Generalversammlung; es dürfen in einem Geschäftsjahre nicht mehr als 3 300 000 M. Stammaktienkapital umgewandelt werden.“

In § 29 Nr. 2 der Satzung wird als b) folgender Satz eingefügt:

„b) Hierauf wird zur Umwandlung bisher nicht umgewandelter Stammaktien in solche minderen Rechts (§ 5) ein von der Generalversammlung etwa zu bestimmender Teil des Reingewinns verwandt.“

Die bisherigen Nummern b und c des § 29 der Satzung erhalten die Bezeichnung c und d.

2. Vorstand und Aufsichtsrat werden ermächtigt, nach Eintragung der Statutenänderung zu 1. in das Handelsregister von je fünf Stammaktien, die ein Aktionär zu diesem Zweck freiwillig einreicht, eine in eine Stammaktie Lit. C umzuwandeln. Die Stammaktien Lit. C erhalten gegenüber den übrigen, künftig als Stammaktien Lit. A bezeichneten Stammaktien folgende Sonderstellung:

a) Bei der Verteilung der gemäß § 29 der Satzung auf die Stammaktien zur Ausschüttung gelangenden Dividende stehen die Stammaktien Lit. C und die übrigen Stammaktien (Lit. A genannt) hinsichtlich der ersten 5 % Dividende einander gleich. Von der über 5 % hinaus zur Ausschüttung kommenden Dividende erhalten für die Geschäftsjahre 1916/17 bis 1925/26 einschließlich, zunächst die Stammaktien Lit. A weitere 20 %. Bei Verteilung einer über diese 20 % hinaus auf die Stammaktien zur Ausschüttung kommenden Dividende stehen für die erwähnten zehn Geschäftsjahre Stammaktien Lit. A und Lit. C einander gleich. Vom Geschäftsjahre 1926/27 ab stehen die Stammaktien Lit. C den Stammaktien Lit. A wieder gleich.

b) Wird die Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf des Geschäftsjahres 1935/26 beschlossen, so erhält aus dem Liquidationserlös jede Stammaktie, ohne Unterschied, den Betrag bis zu 1000 M. Am weiteren Liquidationserlös nehmen die Stammaktien Lit. C erst teil, nachdem jede Stammaktie Lit. A außer diesen 1000 M. einen Betrag von 5900 M. im voraus erhalten hat. Im übrigen stehen die Stammaktien Lit. C bei der Liquidation den Stammaktien Lit. A auch in die Geschäftsjahren 1916/17 bis 1925/26 gleich. Vom 1. Juli 1926 ab stehen die Stammaktien Lit. C den Stammaktien Lit. A bei der Liquidation wieder völlig gleich.

3. Als Gegenleistung für die bezeichnete Aufgabe von 20 % Jahresdividende und 5900 M. Liquidationserlös wird auf jede in eine Stammaktie Lit. C umgewandelte Stammaktie der Betrag von 5900 M. ausgezahlt. Die Ausübung des Umwandlungsrechts wird durch die Abstempelung von vier Aktien mit dem Stempel Lit. A und der umgewandelten Aktie mit dem Stempel Lit. C gekennzeichnet.

4. Die für die Durchführung vorstehenden Beschlusses notwendigen Mittel werden der Rücklage zwecks Einziehung von Vorzugsaktien bzw. zur Verfügung künftiger Generalversammlungen und dem Vortrage für 1916/17 entnommen.
 5. Die zur Durchführung vorstehender Beschlüsse erforderlichen Bekanntmachungen und Anordnungen, insbesondere die der Fristen, innerhalb deren die je fünf Aktien zwecks Umwandlung einer Aktie in eine Aktie Lit. C bei Verlust der Berechtigung eingereicht werden können, erläßt der Aufsichtsrat.
 6. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die aus der Durchführung der Beschlüsse sich ergebenden Änderungen der Fassung der Satzung festzustellen und zu verlautbaren.
- II. Die Eintragung der Statutenänderung in das Handelsregister ist erfolgt. Wir fordern demgemäß diejenigen Stammaktionäre, die von den vorstehend mitgeteilten Rechten Gebrauch machen wollen, auf,

bis zum Sonnabend, dem 5. Mai 1917, mittags 12 Uhr.

Ihre Stammaktien bei der Firma Koppel & Co., Bankgeschäft, Pariser Platz 6, einzureichen.

Aktionäre, welche infolge des Kriegszustandes behindert sind, ihre Aktien innerhalb dieser Frist einzureichen, wollen dem genannten Bankhause hiervon tunlichst umgehend Mitteilung machen.

- III. a) Die Anträge müssen in doppelter Ausfertigung gestellt werden unter Benützung von Formularen, die an der Kasse der Firma Koppel & Co., Bankgeschäft, erhältlich sind.
- b) Mit dem Antrage sind diejenigen Stammaktien, für die von dem Beschluß Gebrauch gemacht werden soll, einzureichen, und zwar die vollkommenen Stücke (Mäntel, Zinsscheinbogen mit Erneuerungsschein). Nach dem Beschluß sind Einreichungen nur insoweit zu berücksichtigen, als die eingereichte Aktienzahl ohne Rest durch fünf teilbar ist.
- c) Ueber die eingereichten Stücke wird die Firma Koppel & Co., Bankgeschäft, auf den den Anmeldungsformularen angehängten Quittungsformularen quittieren.

Diese Quittung gilt später als Legitimation zur Erhebung des auf jede umgewandelte Aktie entfallenden Betrages von 5000 M. sowie zum Rückempfang der eingereichten Aktien.

- IV. Die in C-Aktien umgewandelten Stücke werden sowohl auf den Mänteln als auch auf den Zinsscheinbogen und Erneuerungsscheinen mit dem Stempel „Litera C“, die übrigen eingereichten Stücke mit dem Stempel „Litera A“ der Rücklageverbände.
- V. Die Erhebung des Betrages von 5000 M. für jede C-Aktie sowie die Rückgabe der eingereichten Aktien erfolgt nach Ablauf einer Woche nach Einreichung bei der Firma Koppel & Co., Bankgeschäft, Pariser Platz 6, in deren Kassenzimmern gegen Aushändigung der unter Nr. III c) erwähnten Quittung und gegen entsprechende Empfangsbescheinigung. Die Gesellschaft und das Bankhaus sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Vorzeiger der Quittung ohne weitere Prüfung seiner Legitimation als empfangsberechtigt anzusehen.

Berlin, den 13. April 1917.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft (Luergesellschaft).

Leopold Koppel, Vorsitzender,

Bank für Handel und Industrie.

Bilanz per 31. Dezember 1916.

Aktiva.		M.	pf	M.	pf
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons u. Guthaben bei Noten- und Abrechnungs- (Clearing-) Banken				103 519 678	27
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen					
a) Wechsel (mit Ausschluss von b, c, d) und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	210 119 960	82			
b) eigene Akzepte	438 131	30			
c) eigene Ziehungen	41 488	57			
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	—		210 599 580	69
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen				132 563 278	42
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				258 799 841	63
Vorschüsse a. Waren u. Warenverschiffungen davon am Bilanztage gedeckt:				22 723 959	04
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine M. 3 461 258.28					
b) durch andere Sicherh. 11 708 414.79					
Eigene Wertpapiere					
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	22 384 809	80			
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	3 725 575	68			
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	17 974 295	13			
d) sonstige Wertpapiere	6 472 560	56		50 557 241	17
Konsortialbeteiligungen				37 761 538	28
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen				8 516 497	53
Debitoren in laufender Rechnung					
a) gedeckte	331 707 695	14			
b) ungedeckte	56 849 096	39		388 556 791	53
c) Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 76 134 333.12					
Bankgebäude				20 348 045	55
Sonstige Immobilien				307 401	09
Sonstige Aktiva					
Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen				275 278	10
				1 234 529 131	30
Passiva.		M.	pf	M.	pf
Aktien-Kapital				160 000 000	—
Reserven				32 000 000	—
Kreditoren					
a) Nostroverpflichtungen	226 030	73			
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	4 310 089	78			
c) Guthaben Deutscher Banken und Bankfirmen	38 430 599	63			
				42 966 720	14
Seite:				192 000 000	—

	M.	pf	M.	pf
Uebersatz:	42 966 720	14	192 000 000	—
d) Einlagen a. provisionsfreier Rechnung:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	124 595 267	67		
2. darüber hinaus b. z. 3 Monaten fällig	175 197 312	90		
3. nach 3 Monaten fällig	53 261 424	54		
e) sonstige Kreditoren:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	331 305 882	81		
2. darüber hinaus b. z. 3 Monaten fällig	201 336 045	23		
3. nach 3 Monaten fällig	41 138 530	79	969 801 184	08
Akzente und Schecks				
a) Akzente	59 324 181	80		
b) noch nicht eingelöste Schecks	1 377 884	13	60 702 069	93
c) Aval- u. Bürgschafts- Verpflichtungen . . . M. 76 134 333.12				
Eigene Ziehungen 41 488 57				
dav. f. Rechng. Dritter —				
Weiterbegebene Solawechsel d. Kund. a. die Order Bank —				
Sonstige Passiva				
Unerhobene Div'ende	69 132	45		
Talonsteuer-Reserve	740 830	—		
Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen	747 013	04	1 556 975	52
Gewinn-Saldo			10 468 901	77
			1 234 529	131 30

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1916.

Soll.	M.	pf	M.	pf
Geschäftskosten				
Handlungskosten (einschliesslich der vertragsmässigen Gewinnbeteiligungen der Vorstandsmitglieder und Oberbe- amten im Betrage von M. 2 207 218.63, verteilt auf 219 Köpfe)	11 636 673	45		
Steuern	1 334 238	47		
Zuwendungen an die Beamten (Weihnachts- und Abschlussvergütungen, Teuerungszu- lagen), Invaliden- u. Krankenversiche- rung, Reichsversicherung, Ehrengaben an Beamte, Zuwendungen an die Pensions- kasse und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke	3 540 575	24	16 511 487	16
Abschreibung auf Immobilien und Mobilien			616 652	91
Talonsteuer-Reserve			160 000	—
Gewinn-Saldo			10 468 901	77
Verwendung des Gewinnes:			27 757 041	84
Dividende pro 1916 v. 6% M. 9 600 000.—				
Tantieme d. Aufsichtsrats 256 000.—				
Voftrag a. neue Rechnung 612 901.77				
Haben.				
Provisionen			10 244 880	51
Zinsen aus dem Konto-Korrent-Geschäft u. aus Wechseln, aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen und aus Valuten			16 894 441	45
Gewinne aus Effekten			—	—
Gewinne aus Finanzoperationen			—	—
Verschiedene Eingänge			10 520	16
Gewinn-Vortrag von 1915			607 199	72
Berlin und Darmstadt, den 14. April 1917.			27 757 041	84

Bank für Handel und Industrie.

Die Direktion.

v. Kötzing. v. Simson. Andrese. Bodenheimer. Bernhard. Beheim.

Dresden - Hotel Bellevue

Weltbekanntes vornehmes Haus mit allen zeitgemässen Neuerrungen

RICHARDS DIELE

FRIEDRICHSTRASSE ECKE FRANZÖSISCHE STRASSE

verbunden mit erstklassigstem Weinrestaurant

Vornehmste Kaffeegedecke

5-Uhr- und Abendkonzerte

Beisammensein erster

Familienkreise

Eintritt frei!



Neue Leitung!

Weinstuben

Mitscher

Vorzügl. Küche

Französische Strasse 18

Ein radikaler Sozialdemokrat für den schrankenlosen U-Boot-Krieg gegen England!

Soeben erschienen:

Karl Erdmann

England und die Sozialdemokratie

Vom Vertragsbruch der Internationale zur Notwehr!
mit einem Geleitwort von Julian Borchardt

Preis 4,00 Mark

Der sich offen zur radikalen Sozialdemokratie bekennende Verfasser kommt auf Grund einer eingehenden Analyse der inneren und Kolonialpolitik Englands zu dem zwingenden Schlusse, daß der schrankenlose U-Boot-Krieg »Die Notwendigkeit von heute« ist.

MAX KIRSTEIN, Verlagsbuchhandlung, BERLIN SW 68

Alleinige Anzeigen- „Die Zukunft“ nur Max Kirstein Berlin SW 68, Margratenstr. 59, Annahme der Wochenschrift durch Fernspr. Amt Zentrum Nr. 108 09, 108 10.
Insertionspreis für die 1 spaltige Nonparelle-Zelle 1,20 Mk., auf Vorzugseiten 1,80 Mk.

Galambander

Die deutsche
Weltmarke



JOB
KOE

"MERCEDES"
DIE HOCHEDLE
BATSCHARI
CIGARETTE
TRUJTFREI



H. B. GALT

Für Inserate verantwortlich: Friedrich Kehländer, Berlin-Steglitz.
Druck von Vaj & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.